

spektrum

THEMA: WEGE AUS DER KRISE

2. Bayreuther Ökonomiekongress

zeigt Wege aus der Krise

Seite 14



Universitäten in der Krise?

Ein Gespräch mit der Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz,
Frau Professor Dr. Margret Wintermantel

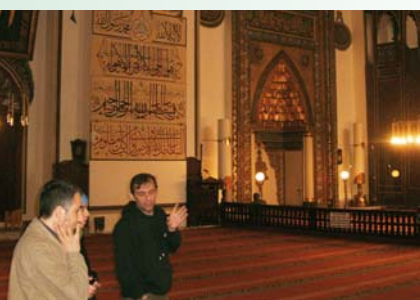
Seite 4/5

Der Euro in der Krise?

Prof. Dr. Bernhard Herz zur
Krise in Griechenland

Seite 3

Inhalt



Wege aus der Krise

| | |
|---|----|
| Warum der Euro die Griechenland-Krise überstehen wird | 3 |
| Hochschulen in der Krise? | 4 |
| Neue Regeln für Derivate | 6 |
| Deutschland nach der Krise | 9 |
| Die Krise des Gesundheitswesens | 11 |
| In diesem Mai ist Davos in Bayreuth | 14 |
| Wie meistert der oberfränkische Mittelstand die Krise? | 15 |
| Haben wir denn im Kapitalismus gelebt? | 17 |
| Universität unterstützt Unternehmen | 19 |
| „Wie im Treibhaus!“ | 21 |
| Krankheit als Krise | 23 |
| Leistungssport in der Krise – Ist das Dopingproblem zu lösen? | 25 |
| Unsicherheit und Konfliktlösung | 28 |
| Krisen in den Medien | 30 |
| Schule in der Krise | 39 |

Aktuelles

| | |
|---|----|
| Direkter Draht zum Arbeitsmarkt | 40 |
| Auszeichnung für Forschungspartnerschaft | 41 |
| Islamische Studien – eine Zukunftsaufgabe | 42 |

Titelbild

Titelseite: Foto vom Bayreuther
Ökonomiekongress.



Impressum

Redaktion:
Pressestelle der Universität Bayreuth
Frank Schmälzle (ViSdP)
Anschrift: 95440 Bayreuth
Telefon (09 21) 55-53 23/4
Telefax (09 21) 55-53 25
pressestelle@uni-bayreuth.de
<http://www.uni-bayreuth.de>

Herausgeber:
Universität Bayreuth

Satz und Layout:
GAUBE media agentur, Bayreuth
Telefon (09 21) 5 07 14 41
spektrum@gaube-media.de

Auflage: 2100
Druck: Druckerei Ellwanger, Bayreuth
Telefon (09 21) 60-0

Kürzungen und Bearbeitung eingesandter Manuskripte behält sich die Redaktion vor.
Alle Beiträge sind bei Quellenangaben frei zur Veröffentlichung. Belegexemplare sind erwünscht.

Warum der Euro die Griechenland-Krise überstehen wird

... und was jetzt politisch notwendig ist

Die Griechenland-Krise bestimmt in diesen Tagen die Schlagzeilen, eine Frage wird dabei nicht nur in den Medien immer wieder gestellt: Kann und wird der Euro-Raum auseinander brechen? Die Antwort ist eindeutig: Nein. Griechenland will aus der gemeinsamen Währung nicht aussteigen – und die übrigen Euro-Länder können Griechenland auch nicht aus dem Währungsverbund herausdrängen.

Die öffentliche Debatte ist auch deshalb so verwirrend, weil immer wieder zwei Dinge vermischt werden, die nicht direkt zusammengehören – einerseits die Stabilität des Euro, die von der Inflationsrate abhängt und der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bestimmt wird, andererseits die Stabilität der Staatsfinanzen, die von den nationalen Regierungen und Parlamenten mit ihrer Fiskalpolitik, also den Steuereinnahmen und Staatsausgaben, determiniert wird.

Im Grund ist der Konkurs eines Landes, wie er in Griechenland de facto eingetreten ist, nichts anders als der Konkurs eines Großunternehmens oder eines anderen großen Schuldners. Mit dem Euro hat eine solche Entwicklung ursächlich nichts zu tun. Anders gesagt: Die (In-)Stabilität der Staatsfinanzen und die (In-)Stabilität der Währung, in welcher ein Staat sich verschuldet, sind unabhängig voneinander zu sehen.

Unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Länder im sogenannten „Club Med“ wird der Euro letztlich eine stabile Währung bleiben. Denn es ist die Europäische Zentralbank, die auf das Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet ist und damit die Stabilität des Euro zu sichern hat.

Gleichwohl gibt es Handlungsbedarf: Der Fiskalpolitik in den Industrieländern fehlen – im Gegensatz zur Geldpolitik – systematische Pläne für den Ausstieg aus dem nach wie vor anhaltenden Finanzkrisen-Modus. Einfache Rezepte für eine Rückkehr zur Normalität wird es dabei nicht geben können. Aber dass stabile Staatsfinanzen machbar sind, hat die Wirtschaftsgeschichte bereits mehrfach gezeigt. Schuldenabbau ist dabei vor allem ein politischer Prozess: Politik muss ehrlich sein und verlässliche Zahlen liefern. Nur dann ist die eine Debatte über vernünftige und angemessene politische Maßnahmen möglich. Und zur Ehrlichkeit gehört auch die klare Ansage, dass schwierige Entscheidungen anstehen. Viele werden die Verteilung zwischen den Generationen betreffen.

Wie können Länder ihre Schulden konkret verringern? Natürlich indem sie sie zurückzahlen und den Gürtel enger schnallen. Die Mittel dafür können aus Privatisierungen öffentlichen Eigentums, Erhöhung der Steuern und/oder geringeren Staatsausgaben fließen. Dieser Weg ist der einzig nachhaltige, aber auch der politisch schwierigste, müssen doch die Bürger des jeweiligen Landes die Anpassungslast selbst tragen.

In der Inflation steckt eine große Versuchung für Länder, vor denen sich die Schulden auftürmen – und das sind gar nicht so wenige. Weltweit steigt die Staatsverschuldung weiter an. Inflation macht zwar kurzfristig eine Verringerung der Verschuldung möglich – allerdings nur kurzfristig. Bei der Refinanzierung der Kredite verlangen die Gläubiger dann aufgrund der erhöhten Inflationserwartungen auch höhere Zinsen. Es ist

also nichts gewonnen. Zusätzlich verursacht Inflation zahlreiche Kosten. Ist die Notenbank politisch unabhängig und auf Geldwertstabilität verpflichtet, wie die EZB, ist dieser Weg verschlossen.

Wie man ausufernde Staatsdefizite wieder in den Griff bekommen kann, zeigt unter anderem unser kleines Nachbarland Belgien. Mitte der 1990er Jahre lag die Schuldenquote Belgiens deutlich höher als die der Griechen heute. Die Einführung des Euro und des Stabilitäts- und Wachstumspakts haben die Belgier zum Anlass genommen, mehrere Weichen richtig zu stellen. Als institutionelle Absicherung wurde ein High Finance Council eingerichtet, das Fiskalpolitiken auf föderaler und regionaler Ebene überwacht. Belgien verfügt über föderale Strukturen, die Steuereinnahmen liegen auf einem stabilen Niveau. Dagegen wurden die Staatsausgaben und Sozialausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt schrittweise gesenkt. Mit den stabiler werdenden Staatsfinanzen sanken die Zinsen, was wiederum den Staatsfinanzen und der wirtschaftlichen Entwicklung half.

Griechenland steht bei der Sanierung seiner Staatsfinanzen vor einer gewaltigen Aufgabe. Mit den Krediten der übrigen Euro-Länder und des Internationalen Währungsfonds sollte ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, um die notwendigen Korrekturen umzusetzen. Der Erfolg ist nicht garantiert – um so wichtiger ist die strenge Kontrolle durch EU und IWF bei der Sanierung. Dagegen wird die Stabilität des Euro nicht vom Schicksal Griechenlands abhängen. Sie wird auch weiterhin in Frankfurt von der EZB und ihrer Geldpolitik bestimmt.



Professor Dr. Bernhard Herz ist Inhaber des Lehrstuhls Volkswirtschaftslehre I/ Wirtschaftspolitik

Hochschulen

Professor Dr. Margret Wintermantel, Präsidentin im Gespräch mit dem Wissenschaftsmagazin

SPEKTRUM: *Nach den Hörsaal-Besetzungen und vor den auch von Ihnen geforderten Reformen: Würden Sie sagen, das Hochschulsystem steckt in der Krise?*

Prof. Dr. Wintermantel: Die Hochschulen sind mit enormen Herausforderungen konfrontiert – nicht erst seit den Studierendenprotesten oder seit der Bologna-Reform. Unterfinanzierung der Forschung, unzureichende Betreuungsrelationen in der Lehre, zu wenige und zu schlechte Räumlichkeiten, das sind Dauerprobleme.

Die Lage hat sich zweifellos in den letzten Jahren zugespitzt. Die Universitäten sind bei der Forschungsfinanzierung, verglichen mit den außeruniversitären Einrichtungen, die seit Jahren – vor allem dank des Bundes – einen kontinuierlichen Aufwuchs ihrer Grundmittel verzeichnen können, benachteiligt. In der Lehre hat die Bologna-Reform ebenfalls eine Verschärfung der Situation gebracht: Eine politisch verordnete Jahrhundertreform ohne angemessene Finanzierung und ohne die nötige Öffentlichkeitsarbeit hat alle Beteiligten – Lehrende, Studierende und Verwaltungen – an den Rand ihrer Belastbarkeit gebracht.

Andererseits sind inzwischen an etlichen Stellen durchaus politische Konsequenzen gezogen worden: Die Exzellenzinitiative, die Hochschulpakete und das Konjunkturpaket sind konkrete, millionenschwere Maßnahmen, die Bewegung und Entlastung gebracht haben. Das alles reicht längst nicht angesichts jahrelang verschleppter Aufgaben. Aber es tut seine Wirkung, zumal die deutlich gesteigerte Selbstbestimmung der Universitäten eine wachsende Vielfalt und eine erhöhte Entwicklungsgeschwindigkeit bewirkt hat. Es scheint mir zudem auch nicht ganz unrealistisch darauf zu hoffen, dass die Handlungsfähigkeit des Bundes im Bildungsbereich wieder gestärkt wird. Das wäre ein weiterer wichtiger Schritt nach vorn, nachdem die Föderalismusreform die konsequente Förderung des Hochschulbereichs zusätzlich erschwert hat. Deshalb würde ich trotz der anhaltenden Probleme nicht von Krise sprechen.

SPEKTRUM: *Wie bewerten Sie rückblickend die Proteste der Studierenden? Happening oder ernsthafte Auseinandersetzung?*

Wintermantel: Das war sicher eine Mischung, auch eine Vermischung

ganz verschiedener inhaltlicher Ebenen. Gestaltung der Studienprogramme, Sozialfragen und allgemeinpolitische Forderungen wurden miteinander verquickt. Aber im Kern war es doch eine ernst zu nehmende Wortmeldung.

Dass sich die unmittelbar Betroffenen so unüberhörbar artikuliert haben, hat unseren Forderungen nach Ausfinanzierung der Bologna-Reform und nach einem angemessenen BAföG noch einmal mehr Glaubwürdigkeit verliehen. Die



in der Krise?

der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Spektrum der Universität Bayreuth

Strukturvorgaben der Länder für die neuen Studienprogramme wurden entschlackt, Bund und Länder wollen den Hochschulpakt I aufstocken, es gibt Fortschritte beim BAföG, Bundesministerin Schavan hat ein Qualitätspaket für die Hochschullehre angestoßen – das alles sehe ich auch im Zusammenhang mit den Protesten. Die Politik sieht sich gezwungen, aktiv zu werden.

Auch in den Hochschulen haben die Studierenden zumindest eine Beschleunigung des Nachsteuerungs-

prozesses bewirkt. Ihre systematische Einbeziehung bei der Weiterentwicklung der Studienprogramme ist erkennbar vorangeschritten. Ich habe viele Gespräche mit den Wortführern des Protests und mit den verschiedenen Studierendenorganisationen geführt. Die Sichtweisen sind sehr unterschiedlich, die Argumente nicht von einheitlicher Qualität. Es ist aber in jedem Fall gewinnbringend, wenn wir zu diesen Fragen den offenen Dialog mit den Studierenden führen.

SPEKTRUM: *Wie sieht Ihr persönliches Ziel aus, was muss sich am dringendsten ändern?*

Wintermantel: Wir müssen die Leistungsfähigkeit und das Ansehen der deutschen Hochschulen stärken und das Ansehen festigen. Und wir stehen vor der großen Aufgabe, eine bessere Grundfinanzierung von Forschung und Lehre zu erreichen. Beides steht in sehr engem Zusammenhang.

Die Diskussion um die Bologna-Reform und die vielen negativen Äußerungen aus den Hochschulen dazu und die Vielzahl der, zum Teil schon genannten, Probleme bergen die Gefahr eines schleichenden Ansehensverlusts der Universitäten und Fachhochschulen. Auf uns rollt aufgrund

der Auswirkungen der Finanzkrise unaufhaltsam eine Sparwelle zu, der Wettbewerb um öffentliche Mittel wird noch härter werden. Umso wichtiger ist es, dass wir ein gesellschaftliches Klima haben, in dem die Interessen von Bildung und Forschung einen hohen Stellenwert genießen.

Wenn wir wollen, dass Bürger unsere Hochschulen als die Quelle ihres künftigen Wohlstands wahrnehmen, als die deutschen Denkfabriken, die sie mit ihren Steuergeldern gefördert sehen wollen, müssen wir selbst als allererste für diese Überzeugung stehen. Wir müssen deshalb viel stärker als derzeit mit Stolz das Geleistete präsentieren. Wir dürfen dem wissenschaftlichen Nachwuchs nicht die Lust auf eine universitäre Karriere nehmen, den jungen Leuten nicht den Mut für ein Studium. Dazu gibt es auch tatsächlich keinen Grund. Trotz aller Widrigkeiten haben wir in Deutschland nach wie vor ein hoch attraktives Hochschulsystem mit einer bemerkenswerten Leistungsdichte.

Mit Frau Professor Dr. Wintermantel sprach der Pressereferent der Universität Bayreuth, Frank Schmälzle. ■



Neue Regeln für Derivate

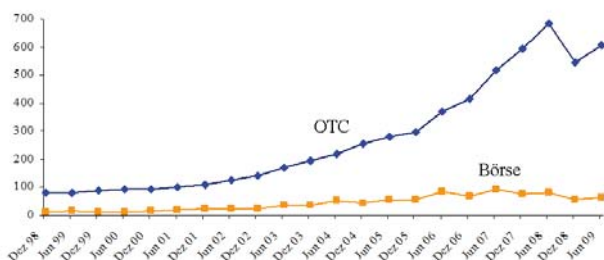
Kontrollbedarf erzwingt Zentralisierung und Standardisierung des außerbörslichen Handels



Prof. Dr. Klaus Schäfer ist Inhaber des Lehrstuhls Betriebswirtschaftslehre I/ Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre.

Die internationale Finanzkrise hat vielfaches Versagen und Schwächen an den derivativen Märkten aufgedeckt. Schwer abschätzbare Risiken im außerbörslichen Handel mit Derivaten haben zu einer Atmosphäre der Unsicherheit und zu einem Verlust an Vertrauen geführt, die den Nutzen von Derivaten in den Hintergrund rücken lässt. Optionen, Futures und Swaps bieten den Marktteilnehmern aber erweiterte Möglichkeiten zur Transformation von Risiken, die Separation einzelner Risikobestandteile und damit die Marktfähigkeit präzise eingegrenzter finanzwirtschaftlicher Risiken. Insbesondere die Zerlegung der Preisrisiken von Finanztiteln in Teilkomponenten und deren selektive Übernahme und Abgabe erlauben eine breitere Streuung der Risiken auf Wirtschaftssubjekte mit unterschiedlicher Risikogrundausstattung, unterschiedlicher Risikotragfähigkeit und unterschiedlichem Informationsstand. Die Möglichkeiten der Risikotransformation sind mit einem vergleichsweise geringen Kapitaleinsatz realisierbar. Die gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtszuwächse zeigen sich in einer Vervollkommnung des Kapitalmarktes, einem höheren Vollständigkeitsgrad des Kapitalmarktes sowie in einer Verbesserung der Informationslage.

Abb. 1: Entwicklung des ausstehenden Nominalvolumen in Derivaten in Billionen US-Dollar.



Mit der internationalen Finanzkrise sitzen auch komplexe Finanzinnovationen wie Optionen, Futures und Swaps wieder auf der Anklagebank. Als „Krisenverursacher“ oder sogar als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ titulierte sollen die Instrumente und Märkte strikt reguliert, bestimmte Handlungspraktiken gar gänzlich verboten werden. Um ein robustes System zu entwickeln, bedarf es der genauen Abwägung von Nutzen und Risiken derivativer Finanzmarktinstrumente.

Marktüberblick

Die Statistiken der Zentralbanken und der Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) geben einen Einblick in die Handelsvolumina an den derivativen Märkten. Gemessen in absoluten Werten ist deren Größe enorm. Der Börsenhandel in Derivaten hat sich in den vergangenen Jahren mehr als verdreifacht und umfasst Mitte 2009 ein Nominalvolumen von über 60 Billionen US-Dollar. Weitaus größer sind die außerbörslichen (Over The Counter OTC-) Märkte, die rasant von 80 Billionen US-Dollar im Jahr 1998 auf über 600 Billionen US-Dollar Nominalvolumen im Jahr 2009 gewachsen sind (Abbildung 1). Der schiere Umfang dieser ausstehenden Volumina und eine geringere Transparenz der außerbörslichen Strukturen besorgen die Marktteilnehmer zunehmend. Ende Dezember 2008 ging erstmals seit dem Beginn der Erhebung dieser Zahlen der Nominalwert ausstehender außerbörslicher Derivate zurück, da etliche Marktteilnehmer als Reaktion auf die Finanzmarkturbulenzen ihre Positionen zurückgefahren haben. Mittlerweile hat sich aber der Markt wieder etwas beruhigt, wie die jüngsten Statistiken der BIZ vom März 2010 zu den Ende Juni 2009 bestehenden Positionen

an den weltweiten Märkten zeigen. Der Nominalwert beträgt über alle Kategorien 604,6 Billionen US-Dollar, liegt also wieder über dem Niveau von 2007. Die hohen Nominalvolumina spiegeln allerdings nur die relative Bedeutung der Gruppen für die Märkte, nicht aber zwingend deren Risikogehalt wider. Mit derivativen Transaktionen verbundene Adressenausfallrisiken (Ausfall des Kontraktpartners) bestehen nicht in Höhe des Nominalkapitals, sondern vielmehr in Höhe des Aufwands, der für eine Wiederbeschaffung des Geschäfts angesetzt werden muss. Der Marktwert als Wiederbeschaffungswert ist deutlich geringer. Die Ende 2008 deutlich gestiegenen Marktwerte gerade bei den Kreditderivaten (Credit Default Swaps CDS) unterstreichen die zumindest zwischenzeitlich hohe Bewertung des Ausfallrisikos (Abbildung 2). Zu beachten ist weiter, dass zur Beurteilung der Größe und Relevanz der Märkte neben den Bruttogrößen die Nettorisikopositionen der Marktteilnehmer heranzuziehen sind. Diese werden seit Oktober 2008 von der Depository Trust & Clearing Corporation DTCC veröffentlicht. Nach den Zahlen der DTCC betragen beispielsweise die CDS-Nettorisikopositionen des Finanzsektors nur etwa ein Zehntel der ausstehenden Volumina, da ein

Großteil der abgeschlossenen Geschäfte lediglich Durchgangsposten sind.

Transparenz gefordert

Dem außerbörslichen Derivatemarkt wird eine ausgesprochene Intransparenz unterstellt. Die Aufarbeitung des Zusammenbruchs der Investmentbank Lehman Brothers zeigt, wie ein asymmetrischer Informationsstand zu übertriebenen Marktreaktionen führen kann (vgl. im Folgenden Deutsche Bank Research, Aktuelle Themen 477 vom 8. März 2010). Als die Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 Insolvenz anmelden musste, gab es große Unsicherheit bezüglich der Höhe ausstehender Risiken und der Frage, welche Institute betroffen wären. So konnte das auf Lehman Brothers als Referenzschuldner lautende Volumen in Kreditderivaten nur sehr grob auf eine Bandbreite von 100 bis 600 Milliarden US-Dollar geschätzt werden. Eine zusätzliche Verunsicherung bestand darin, dass Lehman Brothers nicht nur als Referenzeinheit diente, sondern auch einer der großen, aktiven Händler war. Nach einer Bestandsaufnahme wurde offenbar, dass die tatsächlich ausstehenden Volumina überschätzt worden waren, „lediglich“ 72 Milliarden US-Dollar in Kreditderivaten ausstanden und die offenen Risikopositionen bei 5,2 Milliarden US-Dollar lagen.

Besonderes Gewicht kommt der starken Konzentration des Derivatehandels auf große Marktteilnehmer zu, die das oben geäußerte Argument einer besseren, breiteren Streuung von Risiken abschwächt (Abbildung 3). Gehören Institutionen – Hedge Funds, Versicherungen, Zweckgesellschaften – darüberhinaus eher einem sogenannten „Schattenbankensystem“ an und entziehen sich deshalb strenger auf Banken fokussierter Regeln, so bleiben die aus den starken Konzentrationen resultierenden Adressenausfallrisiken lange Zeit unentdeckt. Die Gefahr für die Stabilität der Finanzmärkte ist offensichtlich, wenn die finanzielle Situation eines Kontrahenten verschleiert wird. Gerade die kostspielige Rettung des Versicherers American International Group (AIG) hat das staatliche Bedürfnis nach einer stärkeren Kontrolle des Derivatehandels mit ausgelöst.

Zentralisierter Handel

Ein verpflichtendes zentralisiertes Clearing außerbörslicher derivativer Geschäfte soll die identifizierten Risiken für die Finanzmarktstabilität reduzieren. Dabei agiert eine zentrale Gegenpartei (Central Clearing Counterparty CCP) ähnlich wie die an den Terminbörsen weltweit seit langem etablierte Clearingstelle. Sie führt die Abwicklung und Besicherung der abgeschlossenen Geschäfte durch. Kommt ein Ge-

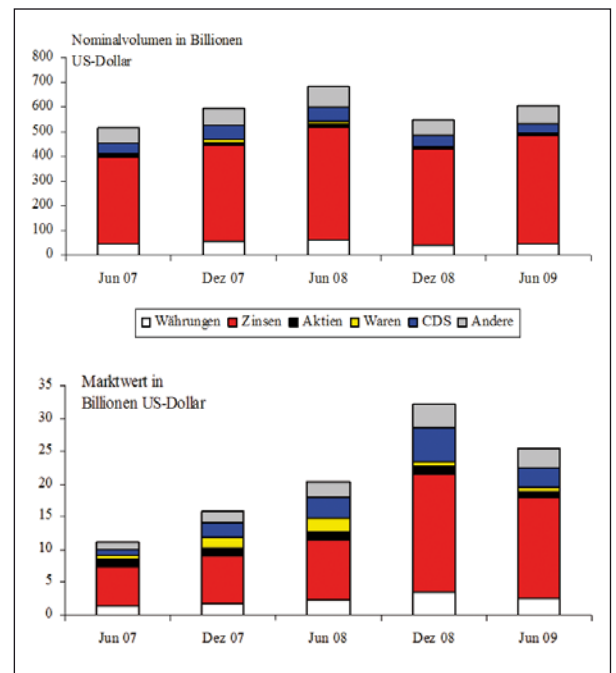


Abb. 2: Volumina in außerbörslichen Derivaten.

schaft zustande, so stellt sich die Clearingstelle als Kontrahent zwischen beide Vertragspartner, sie wird also für jeden Verkäufer zum Käufer und für jeden Käufer zum Verkäufer. Das Kontrahentenrisiko wird damit von den jeweiligen Gegenparteien auf die CCP übertragen (Abbildung 4).

Die Clearingstelle garantiert Geschäfte nur für ihre Mitglieder, die das Clearing für ihre eigenen Transaktionen und für die Transaktionen ihrer Kunden abwickeln. Nichtmitgliedern bleibt damit zwar der direkte Zugang zum Clearing verwehrt, sie können jedoch durch den indirekten Handel über die Clearingmitglieder weiter in den Instrumenten aktiv bleiben.

Die Erfüllung der offenen Positionen durch die CCP wird vor allem dadurch gewährleistet, dass die Mitglieder für das Eingehen und Halten einer Position Sicherheitsleistungen hinterlegen müssen. Die CCP berechnet diese auf Basis eines Systems, bei dem täglich der aktuelle Marktwert mit den potenziellen Marktwerten der Position verglichen wird. Zielsetzung des Marginsystems ist die Schätzung, wieviel im ungünstigsten Fall die

| Top 5 Händler in Credit Default Swaps zum 31. März 2009; Daten der EZB | | | |
|--|---|--------------------|------------------------|
| | Bruttonominalwert; Gesamt in Milliarden US-Dollar | davon Kaufposition | davon Verkaufsposition |
| J.P. Morgan | 7.502 | 3.834 | 3.668 |
| Goldman Sachs | 6.600 | 3.430 | 3.170 |
| Morgan Stanley | 6.293 | 3.200 | 3.093 |
| Deutsche Bank | 6.191 | - | - |
| Barclays | 6.033 | - | - |

Abb. 3: Konzentration am Markt für Kreditderivate.

Neue Regeln für Derivate

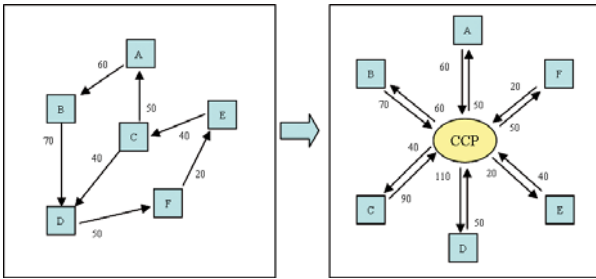


Abb. 4:
Derivate Positionen
zwischen Marktteilnehmern ohne und
mit CCP.

Glattstellung einer Position am nächsten Tag kosten würde. Dieses prozyklische Element einer CCP verstärkt etwaige Markttrends und kann unter Umständen eine Gefahr für die Marktstabilität beinhalten. Die laufenden Kosten einer CCP werden durch Transaktionsgebühren sowie Beiträge der Mitglieder getragen. Puffer für Risiken auf Ebene der zentralen Gegenpartei sind neben den Marginzahlungen ein zusätzlicher Sicherheitenfonds, der durch Umlagen aller Mitglieder gespeist wird. Reichen diese Puffer nicht aus, so besteht üblicherweise eine Regelung, die die Mitglieder zu Nachschussleistungen verpflichtet. Es ist zu erwarten, dass die Clearingmitglieder die Kosten an ihre Kunden weiterreichen. Damit werden die auch von Nichtfinanzunternehmen genutzten Geschäfte zur Absicherung gegen Zins-, Währungs- und Rohstoffpreisrisiken teurer.

Offensichtlich verschwinden alleine durch die Etablierung einer CCP Kontrahentenrisiken nicht, sondern werden lediglich unter den Mitgliedern neu verteilt. Diese Verteilung könnte aber effizienter sein als in ausschließlich bilateral geschlossenen Verträgen. Dazu muss es aber der zentralen Gegenpartei gelingen, ein besseres Risikomanagement der oft komplex strukturierten Derivate und eine genaue Bepreisung der hohen Abwicklungs- und Erfüllungsrisiken zu etablieren. Die Anforderungen an das Management von Risiken und die risikoadäquate Bepreisung von Derivaten sind jedoch ausgesprochen hoch. So ist nicht nur das Risiko der eingegan-

genen Position zu bestimmen, sondern darüberhinaus auch ein Monitoring der Qualität der Gegenpartei zu betreiben. Dieses Monitoring sollte Qualitäts- und Verhaltensunsicherheiten reduzieren. Durch den Wechsel auf eine CCP erfolgt im Rahmen des Margining eine Konzentration auf das Positionsrisiko. Die täglich zu stellenden Sicherheiten berechnen sich meist aus den Risikokomponenten des Kontrakts. Das Insolvenzrisiko der Kontrahentpartei kann zwar indirekt erfasst werden über risikoabhängige Mitgliedsbeiträge bzw. variable Prämieinlagen zum Sicherheitenpool. Der direkte Anreiz zum Monitoring durch die Marktteilnehmer entfällt allerdings.

Fragen

Die Einschaltung eines zentralen Kontrahenten macht die im Markt befindlichen Risiken insofern transparenter, als Informationen über Volumina, Marktwerte und Marktteilnehmer täglich zur Verfügung stehen. Das Konzept des zentralen Clearings mag deshalb einigen Charme haben, eine Clearingstelle schafft jedoch kein Vertrauen aus sich selbst heraus. Die gewünschte fortschreitende Zentralisierung wird zwangsläufig mit einer Standardisierung bei außerbörslichen Derivaten einhergehen müssen. Nur eine stärkere Standardisierung reduziert die Informationsasymmetrien zwischen Clearingstelle und Mitgliedern hinreichend, um dem zentralen Kontrahenten die Entwicklung eines geeigneten Risikomanagementsystems zu ermöglichen. Abzuwägen sind Kosten und Nutzen einer stärkeren Standardisierung zu Lasten der Innovationskraft an den Finanzmärkten.

Es konkurrieren mittlerweile mehrere CCP-Plattformen in Europa und den USA um diesen neuentstandenen Markt. In der Frage nach der richtigen Ausgestaltung einer zentralen Verrechnung wird insbesondere die Diskussion spannend

sein, wie es zukünftig um das systemische Risiko bestellt sein wird, denn es muss sichergestellt werden, dass der Ausfall eines Clearingmitglieds nicht die Existenz der zentralen Gegenpartei bzw. des gesamten Marktes bedroht.

In der Öffentlichkeit wird der Eindruck vermittelt, dass der Handel in Derivaten eine Quelle für Marktverzerrungen und manipulative Spekulationen ist. Übertriebene Preisbewegungen sollten aber unmittelbar Arbitragereaktionen in die entgegengesetzte Richtung auslösen, um Preise wieder hin auf ihr fundamentales Niveau zu führen. Dieses Ideal des informationseffizienten Marktes funktioniert allerdings nur auf Märkten mit einer starken Infrastruktur. Je geringer der Grad an Vollkommenheit und Vollständigkeit des Marktes ist, desto größer ist das Potenzial an Fehlansätzen und Manipulationsmöglichkeiten. So ist bei Kreditderivaten das ausstehende Volumen in einzelnen Kontrakten in der Vergangenheit größer gewesen als das Volumen der am Markt gehandelten Anleihen. Kommt es dann zum Ausfall des Referenzschuldners, so muss sich der Derivatekäufer mit den knappen Anleihen eindecken und der Nachfrageüberhang kann zu starken Preisverzerrungen führen (Short Squeeze). Mit der Angst vor Unternehmensinsolvenzen und Staatsbankrotten bekommt schließlich auch die Diskussion um opportunistische Darlehensgeber, die von einer Schuldnerinsolvenz profitieren wollen, neue Nahrung (Empty Creditors).

Die Finanzkrise bietet mit der ökonomischen Wertung der vielfältigen Neu- und Reregulierungen ein spannendes Arbeitsgebiet, das weit über die derivativen Märkte hinaus reicht. Das Forum Finance & Accounting des 2. Bayreuther Ökonomie- und Alumnikongresses am 20. Mai 2010 widmet sich diesem Thema und stellt seine Diskussion unter die Überschrift „Neue Regeln für Kapitalmärkte“.



Abb. 5
Literatur zum Thema:
Rudolph/Schäfer,
Derivative Finanzmarktinstrumente,
2. Auflage, Springer-Verlag, Berlin et al.
2010.

Deutschland nach der Krise

Ein Blick auf Verschuldung und Wachstum



Prof. Dr. Martin Leschke ist Inhaber des Lehrstuhls Volkswirtschaftslehre V/ Institutionenökonomie.

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich den düsteren Prognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Experten bisher bravurös widersetzt. Trotz eines Wirtschaftseinbruchs um 5 % im vergangenen Jahr stieg die Arbeitslosenquote nicht wie befürchtet auf 10 % an. Sie verharrt derzeit bei einem Wert von etwa 8,5 % (nach OECD-Messung der Arbeitslosenquote ist das ein Wert deutlich unter 8 %). Die Kurzarbeiterregelung und die Konjunkturpakete waren hierfür sicherlich ausschlaggebend.

Insbesondere die konjunkturellen „Spritzen“ und auch die Maßnahmen des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes (Erhöhung der Steuerfreibeträge für Kinder, Senkung der Steuer für Beherbergungen, Verbesserung der Abschreibungen für Unternehmen u.a.) kosten allerdings den Staat Geld. Und dieses Geld sollte derzeit den nachfragenden Bürgern und Unternehmen nicht mittels Steuererhöhungen genommen werden. Also entschied die Regierung, die Maßnahmen durch eine Erhöhung der Neuverschuldung zu finanzieren. Auf diese Weise sollten die gesamtwirtschaftliche Konsum- und Investitionsnachfrage nicht negativ beeinträchtigt, sondern im Gegenteil „ange-

heizt“ werden. Als Folge wird allerdings die Staatsverschuldung drastisch steigen. Betrag der Schuldenstand der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) vor der Krise etwa 65 % des Bruttoinlandsprodukts, so wird diese Relation (also die öffentliche Schuldenstandsquote) in den nächsten Jahren auf etwa 85 % steigen.

Die negativen Auswirkungen der hohen Staatsverschuldung liegen auf der Hand: Immer mehr Steuermittel müssen für Zins- und Tilgungszahlungen aufgewendet werden, immer weniger Mittel verbleiben für notwendige Infrastrukturmaßnahmen. Entschärft man das Problem durch eine Erhöhung der Steuersätze (Einkommensteuer, Mehrwertsteuer), so hat dies wiederum negative Folgen für die Binnennachfrage und für den Investitionsstandort Deutschland. Aus diesem Grund möchte die Bundesregierung diesen Weg nicht gehen. Sie setzt stattdessen auf eine Lösung des Verschuldungsproblems durch Stärkung der Wachstumskräfte und möchte hierzu die Steuern sogar noch einmal senken (zurzeit ist eine Steuerentlastung von etwa 16 Mrd. Euro im Gespräch).

Die Frage, die sich nun stellt, ist: Lässt sich über eine Entlastungs- und Wachstumsstrategie eigentlich die Verschuldung reduzieren? Und: Wie hoch müsste das Wachstum sein, damit dies gelingen kann?

Wachstum, also ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts, kann auf verschiedene Art und Weise er-

zeugt werden: (a) durch vermehrten Arbeitseinsatz, (b) durch vermehrten Kapitaleinsatz oder (c) durch technischen Fortschritt.

Der erste Weg ist nun aber eindeutig versperrt, denn die „demografische Falle“ wird auch in Deutschland in den nächsten Dekaden erbarmungslos zuschlagen. Die Kohorte derjenigen Bürger, die altersbedingt arbeiten könnten (Arbeitspotenzial), also die 15 bis 65jährigen, wird in Relation zur übrigen Bevölkerung (dem Nicht-Arbeitspotenzial, also denen unter 15 und über 65) spürbar abnehmen. Der Kehrwert, auch Abhängigkeitsquote genannt (Nicht-Arbeitspotenzial zu Arbeitspotenzial), wird mithin zunehmen, und zwar von derzeit etwa 0,5 auf über 0,75 im Jahr 2050. Folglich wird nicht nur das Arbeitspotenzial kleiner, sondern zudem werden die Versorgungsnotwendigkeiten und -ansprüche auch noch steigen.

Also bleibt nur der Weg, über höhere reale Investitionen und Humankapitalinvestitionen (mehr Bildung) sowie über eine bessere Organisation von unternehmerischen Prozessen und verstärkte Innovationen (also über technischen und organisatorischen Fortschritt) das Wachstum zu erhöhen. Doch wie hoch ist derzeit das durchschnittliche Wachstum und auf welchen Wert müsste es erhöht werden?

Das Wachstum ist seit der Phase des Wiederaufbaus und der Jahre des deutschen Wirtschaftswunders (1960er Jahre) sukzessive gefallen. ►

Deutschland nach der Krise



Abb.:
Persönliche
Abstimmung im
Plenarsaal des
Deutschen
Bundestages.
Foto: Anke Jacob

Waren bis in die 1970er Jahre noch Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von 4 % selbstverständlich, liegt das Trendwachstum der letzten Jahre etwa bei 1 %. Bei einer Inflationsrate von im Durchschnitt 2 % ist das nominale Durchschnittswachstum etwa 3 %, ein Wert, der geringer ist als der Zinssatz für (recht) risikolose Anleihen am Kapitalmarkt. Damit müsste Deutschland auch ohne dauernde Neuverschuldung die Steuern erhöhen, um den Schuldenstand der öffentlichen Hand zurückzuführen. Dies wäre nicht so, wenn das Wachstum höher wäre. Doch wie hoch müsste es sein, um den Schuldenstandsquote der öffentlichen Hand spürbar zu drücken? Ohne Primärüberschuss im öffentlichen Haushalt (das ist die Differenz zwischen Einnahmen aus Steuern, Beiträgen und Gebühren abzüglich der staatlichen Ausgaben) müsste das reale Wachstum im Schnitt etwa 3,3 % betragen, was einem Anstieg der Arbeitsproduktivität (dem Quotienten BIP zu Arbeitseinsatz) um durchschnittlich 4 % pro Jahr entspricht. Bei diesem – leider illusorischen – Wert würde Deutschland in gut 30 Jahren wieder beim Vorkrisenschuldenstand von 65 % landen. Doch so hoch lässt

sich der Wachstumspfad nicht erhöhen. Die Wachstumsstrategie gepaart mit Steuersenkungen kann also (und dies mahnt auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an) nicht aufgehen. Was ist mithin flankierend noch zu tun?

Natürlich ist eine Stärkung des Standorts Deutschland durch Maßnahmen wie Bürokratieabbau, Verbesserung des Gesundheitssystems oder des Arbeitslosen- und Rentensystems wichtig. Die deutsche Regierung wird jedoch nicht umhin können, die Ausgaben im Bereich der Bürokratie, der Wirtschaftsförderung (Subventionen) und auch der Sozialstaatlichkeit zu kürzen, Infrastruktur- und andere Projekte stärker anhand von Kosten-Nutzen-Analysen auszurichten und die Eigenverantwortung der Bürger zu stärken. Zudem erscheint es ratsam, dass in den nächsten 5 Jahren die Steuern nicht gesenkt, sondern angehoben werden. Aber auch wenn diese Maßnahmen entschlossen angegangen werden, wird die Staatsverschuldung nur dann (relativ zum BIP) zurückgeführt werden können, wenn die neuen strengen Verschuldungsgrenzen, die verfassungsmäßig

festgeschrieben wurden, auch eingehalten werden. Danach soll der Bund seine Neuschulden bis 2016 auf höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen. Die Bundesländer dürfen ab 2020 überhaupt keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Für die neue verfassungsmäßige Schuldenbremse gilt aber leider auch: Wo kein Kläger, da kein Richter. Es ist mithin fraglich, ob Politiker in Parlamenten oder in der Opposition eine Klage bei Übertretung der Schuldengrenze anstreben, wenn sie davon ausgehen, über kurz oder lang in einem Bundesland in eine ähnliche Situation zu geraten. Auch eine verfassungsmäßige Festschreibung von Schuldengrenzen ist somit kein Garant für eine Schuldenbegrenzung.

Was ist vor diesem Hintergrund zu hoffen, was zu erwarten? Zu hoffen ist, dass die Regierungen von Bund und Ländern sich der schwierigen makroökonomischen Konstellation „hohe Schulden“ und „ungünstige demografische Entwicklung“ bewusst werden, nicht blindlings auf positive Wirkungen von Steuersenkungen oder des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes setzen, sondern stattdessen die Konsolidierung offensiv angehen. Zu erwarten ist allerdings, dass dies den gewählten Politikern nicht zufriedenstellend gelingen wird. Vielmehr ist wahrscheinlich, dass in Bereichen wie der Bildung, in denen positive Wirkungen verstärkter Investitionen erst nach Jahren sichtbar werden, Ausgaben zurückgeschraubt werden. Ebenso wird es nicht gelingen, Sparmaßnahmen nach ökonomischer Ratio einzuleiten. Aufgrund dessen werden Renten- und Pensionszahlungen in Zukunft drastisch gekürzt werden. Deutschland kann dann sogar seine Rolle als wirtschaftskräftige und innovative Nation verlieren und international nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Bleibt zu hoffen, dass dieser Fall nicht eintritt, völlig unwahrscheinlich ist er aber (leider) nicht. ■

Die Krise des Gesundheitswesens

Länger gesund leben – wie lassen sich steigende Ausgaben finanzieren?



Professor Dr. Volker Ulrich ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre III/Finanzwirtschaft.

Ausgangslage

Das deutsche Gesundheitssystem sieht sich mit schwierigen Herausforderungen konfrontiert, in vielen Publikationen findet sich der Begriff von der Krise des Gesundheitswesens. Zu betonen bleibt aber auch, dass die Lebenserwartung alle 10 Jahre um rund 1 Jahr ansteigt, was im historischen Kontext noch nie dagewesen ist. Gerade für chronisch kranke Menschen wurden spezielle Programme eingeführt. Die gibt es seit 2004 unter anderem für Zucker- und Herzranke sowie für Patienten mit Asthma. Das ist durchaus ein Erfolg der Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre, denn für die rund fünf Millionen Menschen, die in diesen Programmen eingeschrieben sind, ist die Zahl der Schlaganfälle und Herzinfarkte um ungefähr ein Drittel zurückgegangen.

Länger gesund zu leben scheint daher bereits ansatzweise Realität. Der Begriff von dem drohenden „finanziellen Kollaps des Systems“, der „versteckten Rationierung“ oder der „Zwei-Klassen-Medizin“ suggeriert jedoch, dass wir uns Gesundheit in Zukunft nicht mehr leisten können oder dass im Wesentlichen nur Einkommensstarke oder Privatversicherte von den neuen Möglichkeiten profitieren. Die Frage nach einer tragfähigen Finanzierung der Gesundheitsversorgung wird zu einem Thema heftiger politischer und wissenschaftlicher Kontroversen.

Ein chronisch krankes System?

Neben der prognostizierten demographischen Entwicklung, die durch eine zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung bei einer gleichzeitig rückläufigen Geburtenrate gekennzeichnet ist, führt der medizinisch-technische Fortschritt zu einem wachsenden Finanzierungsbedarf: die moderne Medizin kann zwar immer mehr, es wird aber auch immer teurer. Im Gesundheitswesen dominieren die so genannten Produktinnovationen, die weitgehend additiv zum bestehenden Stand der Technik hinzukommen, während kostengünstige Prozessinnovationen eher seltener vorkommen. Die Jahrestherapiekosten moderner Krebsmedikamenten, in der Transplantationsmedizin oder bei der Behandlung der Hämophilie belaufen sich aktuell auf 50.000 € und mehr.

Die erste Krankenkasse, die unter den Regeln des neuen Gesundheitsfonds einen Zusatzbeitrag erheben musste, war die Gemeinsame Betriebskrankenkasse Köln (GBK Köln). Die GKB Köln mit 40.000 Mitgliedern ist in den Jahren 2005 und 2006 durch zwei Versicherte mit seltenen Fällen von Bluter-Erkrankungen in die roten Zahlen geraten. In einem Fall handelt es sich um einen 26 Jahre alten Versicherten, im zweiten um ein damals sechs Jahre altes Kind. Für die Medikamente zur Verhinderung der Blutgerinnung wurden in den beiden

Jahren 2005 und 2006 rund 14 Mio. € aufgewendet. Da es weltweit nur ein einziges Mittel gibt, ist dies entsprechend teuer. Seit Juli 2009 zahlen Versicherte dort neben dem einheitlichen Beitragssatz 8,00 € Zusatzbeitrag im Monat. Heute verlangt die GBK Köln von ihren Mitgliedern sogar den maximalen Zusatzbeitrag in Höhe von bis zu 37,50 €. Seit Beginn der Erhebung von Zusatzbeiträgen haben über 250.000 Versicherte ihre Krankenkasse gewechselt, den größten Zulauf erfuhr die Techniker Krankenkasse (TK), die gegenwärtig noch auf die Erhebung von Zusatzbeiträgen verzichten kann und rund 130.000 neue Mitglieder gewonnen hat.

Ökonomen würden in dieser Entwicklung gerne das Funktionieren von Preissignalen sehen, bei näherem Hinschauen ist dies aber keinesfalls so. Da für den Zusatzbei-



Die Krise des Gesundheitswesens



trag Im Unterschied zum sonstigen Risikostrukturausgleich kein Ausgleich der unterschiedlichen Versichererstrukturen stattfindet, hängt die Höhe des Zusatzbeitrags zentral von der Versichertenstruktur einer Krankenkasse ab, was eigentlich hätte vermieden werden sollen. Je einkommensschwächer die Mitglieder, desto höher wird der Zusatzbeitrag einer Krankenkasse ausfallen. Unter diesen Anreizen werden die Krankenkassen mit einkommensschwachen Versicherten eher vom Markt ausscheiden, obwohl dies nicht auf Unwirtschaftlichkeit zurückgehen muss. Dadurch wird verhindert, dass sich die Krankenkassen im Wettbewerb vorrangig um die Verbesserung von Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung bemühen. Hier beeinträchtigen die Konstruktionsfehler auf der Finanzierungsseite negativ das Geschehen auf der Leistungsseite.

Was ist zu tun?

Um auch in Zukunft die zu erwartenden wachsenden Gesundheitsausgaben und damit auch den Zugang zu Innovationen finanzieren zu können, gilt es Antworten auf folgende zentrale Fragestellungen zu finden: Wie kann ein nachhaltig finanziertes, tragfähiges Kranken-

Abb. 1. Die Gesundheitslücke in der GKV.

versicherungssystem implementiert werden, das es erlaubt, einerseits eine hochwertig qualitative Versorgung der Patienten, andererseits aber auch die langfristige Finanzierbarkeit sicherzustellen? Wie geschildert, zeichnet sich im gegenwärtigen System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eine so genannte Gesundheitslücke ab, da das Finanzvolumen deutlich hinter dem notwendigen Finanzbedarf zurückbleiben wird. Diese Lücke wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen, getrieben von den Wechselwirkungen zwischen dem bevorstehenden demografischen Wandel und den Möglichkeiten des medizinisch-technischen Fortschritts (vgl. Abb. 1).

Reformszenarien

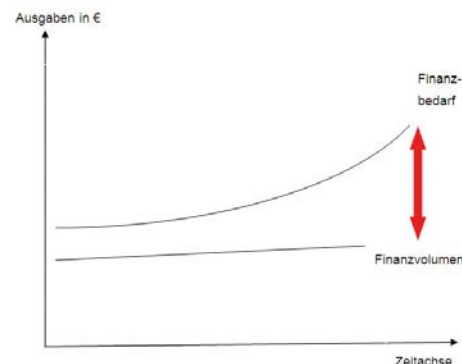
Das eigentliche Problem des gegenwärtigen Finanzierungssystems besteht darin, dass der Gesundheitsfonds unter Zielaspekten weder Fisch noch Fleisch ist. Zudem hat der Gesundheitsfonds mit seinem Einheitsbeitrag den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen weitgehend zum Erliegen gebracht. Wenn man den Wettbewerb über den pauschalen Zusatzbeitrag stärken möchte – die ursprünglich wichtigste Aufgabe des Fonds – gibt allerdings die Begrenzung des Zusatzbeitrags wenig Sinn. Hier besteht konkreter Handlungs- bzw. Anpassungsbedarf.

Nach dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP bleibt im lau-

fenden Jahr noch alles beim Alten. Erst ab 2011 soll es zu größeren Reformschritten kommen, die im Kern die folgenden zentralen Komponenten beinhalten:

- Einkommensunabhängige Beiträge der Arbeitnehmer, die durch einen steuerfinanzierten Ausgleich sozial abgedeckt werden (Einstieg in die so genannte Kopfpauschale);
- Fixierung des Arbeitgeberanteils auf heutigem Niveau, der allerdings einkommensbezogen bleibt;
- stärkere Beteiligung der PKV-Versicherten an der GKV-Finanzierung über die Steuerfinanzierung des sozialen Ausgleichs;
- regionale Differenzierungsmöglichkeiten der Krankenkassen.

Ob über die geplante Kopfpauschale die erhoffte stärkere Abkopplung von den Arbeitskosten gelingt, bleibt allerdings offen und hängt von der konkreten Ausgestaltung des mit der Kopfpauschale zwingend einhergehenden Sozialausgleichs ab. Zu beachten ist dabei, dass die erforderliche Gegenfinanzierung des sozialen Ausgleichs durch Steuern wiederum Verzerrungen hervorruft, so dass ein Teil der Vorteile der einkommensunabhängigen Finanzierung auf der Arbeitnehmerseite wieder verloren geht. Nur pauschale Steuern lösen bei den Betroffenen keine Verhaltensänderungen aus, Einkommensteuern verzerren dagegen die Entscheidung zu arbeiten bzw. Freizeit zu genießen



oder schwarz zu arbeiten. Allerdings besteht kein Automatismus mehr zwischen höheren Gesundheitsausgaben und höheren Lohnkosten; nur noch indirekt über höhere Lohnforderungen in den Tarifverhandlungen kann es zu Erhöhungen der Lohnnebenkosten kommen. Die zeitgleiche Verteuerung der Arbeitskosten durch steigende Gesundheitsausgaben, die prinzipiell zu Lasten der Arbeitsplätze geht, wäre durchbrochen.

Der zentrale Vorteil einer stärker einkommensunabhängig finanzierten GKV über die Kopfpauschale liegt jedoch woanders. Der Vorteil ist insbesondere darin zu sehen, dass der von der Politik in vielen Stellungnahmen ausdrücklich erwünschte Wettbewerb zwischen den Krankenkassen stärker als im gegenwärtigen System stattfinden kann und dass das Umverteilungssystem transparenter und damit auch gerechter wird. Um dem Gerechtigkeitsziel Genüge zu tun, sind zur Gegenfinanzierung allerdings Steuererhöhungen bei mittleren und hohen Einkommen erforderlich. Die Gegenfinanzierung bei der Einkommensteuer sollte konkret über Steuererhöhungen oberhalb des Durchschnittseinkommens und bis zur Beitragsbemessungsgrenze erfolgen, d.h. die Besserverdienenden sind an der Finanzierung des sozialen Ausgleichs in einem stärkeren Ausmaß zu beteiligen. Hier ist von der Politik eine größere Klarheit einzufordern. Allgemeine Steuerensenkungen auf der einen Seite sollten nicht versprochen werden, wenn zur Finanzierung des Sozialausgleichs Steuermehrbelastungen erforderlich sind und der Abbau der ausufernden Staatsverschuldung Priorität besitzt.

Die Krankenkassen erhalten bei der Einführung einer krankenkassenspezifischen Kopfpauschale einen Teil ihrer durch den einheitlichen

Beitragsatz verloren gegangenen Finanzautonomie zurück. Die Vorteile einer partiellen Rückübertragung der Finanzautonomie auf die Krankenkassen liegen vor allem in einer größeren Mittelverantwortung und in den flexibleren Anpassungsmöglichkeiten infolge krankenkassenspezifischer Veränderungen. Weiterhin werden die Versicherten nach ihrem gesamten Haushaltseinkommen und damit gemäß ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung ihres Krankenversicherungsbeitrags herangezogen. Zudem kommt es über den steuerfinanzierten Sozialausgleich insgesamt zu einer stärkeren Beteiligung der Versicherten in der privaten Krankenversicherung (PKV) an der GKV-Finanzierung.

Langfristig wird es interessant sein zu sehen, ob und wie der eingeschlagene Weg weiter gegangen wird. Insgesamt gilt es zu betonen, dass die geschilderten Probleme nicht durch Einzelmaßnahmen zu lösen sind. Erforderlich ist ein durchgängiges Konzept, damit Deutschland sein verlässliches und solidarisches Gesundheitswesen nicht gefährdet. Gesucht ist ein Ansatz in der Gesundheitspolitik, der die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens erhält und gleichzeitig die Finanzierungswege überprüft bzw. wo erforderlich auch ändert. Mit vier Millionen Beschäftigten ist der Gesundheitssektor der mit Abstand größte Wirtschaftssektor mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von zehn bis zwölf Prozent. Eine Reform, die für zehn oder zwanzig Jahre jeden Nachsteuerungsbedarf überflüssig macht, gibt es nicht. Die Finanzierungsfrage muss zwar gelöst werden, aber der Fokus der Gesundheitspolitik sollte mindestens genauso auf den Versorgungsfragen liegen. Der „Kampf gegen steigende Gesundheitsausgaben“ kann nicht alleine auf der Finanzierungsseite gewonnen werden.

Die Notwendigkeit, die Qualität und Effizienz der Gesundheitsversorgung vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen auch langfristig zu sichern, erfordert zwingend eine schrittweise Anpassung und Weiterentwicklung der gegenwärtig vorhandenen Versorgungsstrukturen. Erforderlich sind Lösungen, damit die steigende Zahl älterer Menschen medizinisch gut versorgt werden kann. Die Versorgung muss so ausgerichtet sein, dass sie möglichst lange selbständig bleiben und



Lebensqualität behalten. Aber auch jungen Menschen müssen gute gesundheitliche Entwicklungschancen eröffnet und erhalten werden. Dazu rechnen auch Bildungschancen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat in seinem aktuellen Gutachten mit dem Titel „Koordination und Integration – Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft“ die spezifischen Versorgungsbedarfe im Lebenszyklus der Menschen klar herausgearbeitet. Es bleibt zu hoffen, dass die Gesundheitspolitik die erforderliche Balance findet. ■



In diesem Mai ist Davos in Bayreuth

Ökonomiekongress der Universität Bayreuth geht in die zweite Runde

Nachdem die Frankfurter Allgemeine Zeitung konstatierte, dass „Manager und Politiker in Davos keine starke Botschaft gesendet haben, weil auf viele Fragen die Antworten nicht feststehen“, versucht der zweite Ökonomiekongress an der Universität in Bayreuth am 20. und 21. Mai eine Plattform zu bieten, diese Diskussion zu intensivieren. Bereits im zweiten Jahr ist der Bayreuther Ökonomiekongress einer der größten Wirtschaftskongresse Europas und richtet sich an Fach- und Führungskräfte, nationale und internationale Wissenschaftler, Medienvertreter, Studenten sowie die interessierte Öffentlichkeit.



Das Motto „Shaping the Post-Crisis World“ des Weltwirtschaftsforums in Davos war vielversprechend. Die Erkenntnis war: „Wenn man Davos als Maßstab dafür nimmt, wie es um die Weltwirtschaft bestellt ist, so lautet die Diagnose: Der Patient ahnt, dass er krank ist und es sich nicht bloß um eine Erkältung handelt. Doch er will nicht wahrhaben, dass ihm eine Lungenentzündung droht, falls er sich nicht bald in Behandlung begibt.“ (Süddeutsche Zeitung, 27.01.2010).

Der zweite Bayreuther Ökonomiekongress greift dies auf und verfolgt das Ziel, generationenübergreifend, international, unkonventionell und im Dialog mögliche Therapien zu diskutieren. Dazu hat sich der Schirmherr des Kongresses Prof. Günter Verheugen das Thema „Handeln in der Krise, Lehren aus der Krise“ vorgenommen. Das Referat des ehemaligen Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Professor Dr. Norbert Walter, steht unter dem Titel „Hurra wir werden älter, aber wer gestaltet den Wandel?“. Der Kongress will inspirieren, indem die richtigen Fragen gestellt

und die Teilnehmer zum Nachdenken gebracht werden. In 6 hochkarätig besetzten Keynotes, 12 Vorträgen und 3 Podiumsdiskussionen sollen daher unter anderem Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:

- Globalisierung – Quo vadis?
- Agenda 2020 – Was nun, Deutschland?
- Neue Regeln für die Kapitalmärkte?

Unter dem Leitgedanken „Managementmethoden der Zukunft – Lehren aus stürmischen Zeiten“ kommen zu diesen Fragestellungen über 30 renommierte Referenten aus dem „Who is Who“ der deutschen Wirtschaft an der Universität Bayreuth zusammen und sprechen dabei zu aktuellen und brisanten Themen. Zu den Referenten gehören unter anderem: Prof. Dr. h. c. Roland Berger, Gründer, Roland Berger Strategy Consultants; Prof. Dr. Dr. h. c. mult. August-Wilhelm Scheer, Gründer, IDS Scheer; Dr. Henning Schulte-Noelle, Aufsichtsratsvorsitzender, Allianz; Prof. Dr. Helmut

Thoma, ehemaliger Geschäftsführer, RTL Group; Prof. Günter Verheugen, EU-Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik a. D.; Prof. Dr. Norbert Walter, ehemaliger Chefökonom, Deutsche Bank Gruppe; Dr. Georg Kofler, CEO, Kofler Energies; Frank Mattern, Managing Partner, McKinsey; Dr. Christian Veith, Managing Partner, Boston Consulting Group; Dr. Michael Rogowski, Aufsichtsratsvorsitzender, Voith; Hans Wagener, Vorstandsvorsitzender, PricewaterhouseCoopers.

Die Organisatoren vom Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre III (Marketing) der Universität Bayreuth erwarten in diesem Jahr über 1000 Teilnehmer.

Interessenten finden auf der Internetseite weitere Informationen, darunter das Kongressprogramm und die Liste aller teilnehmenden Referenten. Auch eine Anmeldung zur Teilnahme am Kongress ist auf dieser Seite möglich. ■

[www.oekonomiekongress.de]

Weitere Informationen:

Dr. Maximilian Schreyer
Universität Bayreuth
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät
Lehrstuhl BWL III –
Marketing
95440 Bayreuth
T: +49 - 921 - 55 28 22
F: +49 - 921 - 55 28 14
E: m.schreyer@oekonomiekongress.de

Wie meistert der oberfränkische Mittelstand die Krise?

Wahrnehmung, Folgen und betriebliche Maßnahmen in der Krise

Der oberfränkische Mittelstand ist von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise weniger dramatisch betroffen als befürchtet. Dies äußert sich in einem moderaten Stellenabbau und einer relativ guten Bewertung der Geschäftsaussichten. Das Ausmaß der Betroffenheit hängt insbesondere von der Branche und der Unternehmensgröße ab.

Zwar sind 83 % der Betriebe im Sommer 2009 von negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen, die Einschätzungen der zukünftigen Geschäftslage fällt demgegenüber jedoch unerwartet positiv aus: Nur jeder fünfte Betrieb erwartet für die kommenden drei Jahre eine (sehr) schlechte Geschäftsentwicklung, immerhin jeder Vierte hingegen eine (sehr) gute. Vor dem Hintergrund, dass zwei Drittel der Befragten der Ansicht sind, die Krise sei zum Befragungszeitpunkt noch nicht auf ihrem Höhepunkt, ist dies eine erstaunlich positive Einschätzung¹. Gestützt werden diese Ergebnisse durch das IHK-Konjunkturbarometer für Oberfranken, das sich seit dem Spätsommer 2009 langsam, aber stetig verbessert (IHK Oberfranken 2010: 14¹).

Konkrete Auswirkungen der Krise zeigen sich v.a. beim Auftragseingang. So hat jeder zweite Betrieb Auftragsrückgänge zu verzeichnen (vgl. Abb.1). Betroffen sind davon Betriebe aus allen Branchen. Im Vergleich können sich jedoch Dienstleistungsunternehmen, z. B. aus dem Finanz- und Versicherungsgewerbe, dem Groß- und Einzelhandel oder der IT-Branche, relativ besser halten als Industrie- und Transportbetriebe und das Gastgewerbe. Deutlich seltener haben die Betriebe Zahlungsausfälle (20%),

Auftragsstornierungen (14%) und daraus resultierende finanzielle Engpässe (18%) zu verzeichnen.

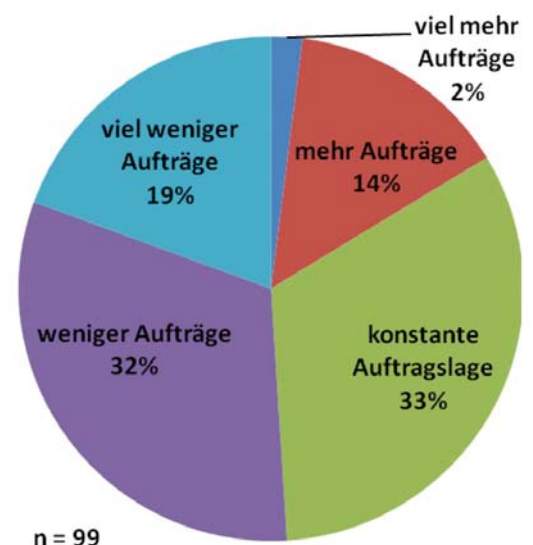
Wie reagieren die Unternehmen in dieser Situation? Auffällig ist eine große Zurückhaltung bei Personalmaßnahmen, denn fast die Hälfte der Betriebe hat im Sommer 2009 (noch) keine Maßnahmen im Personalbereich getroffen (vgl. Abb. 2). Und die am häufigsten getroffenen Maßnahmen verdeutlichen, dass die Betriebe in der Erwartung einer vorübergehenden Rezession ihre Stammbesetzung zu halten versuchen. Nur in 15 % der Betriebe ist es zu betriebsbedingten Kündigungen gekommen oder es wurden Leiharbeiter entlassen (13%). Diese Zurückhaltung wird auch durch die Beschäftigtenentwicklung seit dem zweiten Quartal 2008 bestätigt: Bei knapp der Hälfte der Betriebe ist die Beschäftigtenzahl nahezu konstant geblieben, bei 25% sogar gestiegen. Vor dem Hintergrund des generellen Fachkräftemangels wollen die Betriebe offensichtlich kurzfristige Entlassungen vermeiden, um bei einem konjunkturellen Aufschwung nicht durch unbesetzte Stellen ausgebremst zu werden. Dies gilt insbesondere für ältere Unternehmen in traditionellen Wirtschaftszweigen, während junge, innovative Unternehmen flexibler auf die Wirtschaftskrise reagieren.

Die betriebliche Investitionstätigkeit ist zwar zurückgegangen (s. Abb. 3), 40 % der Betriebe haben jedoch auch in diesem Bereich keine negativen Auswirkungen zu verzeichnen. In den meisten Fällen wurden Investitionen in Sachanlagen und zur betrieblichen Erweiterung zurückgestellt. D.h., ursprünglich geplante Maßnahmen wurden zeitlich aufgeschoben (47 %) und in jedem fünften Betrieb gänzlich verworfen. Auch hier fällt auf, dass längerfristige Zukunftsinvestitionen (Mitarbeiterqualifizierung, FuE) kaum herunter gefahren wurden, was auf eine längerfristige Strategie der Betriebe hinweist.



Prof. Dr. Anke Matuschewski lehrt Wirtschaftsgeographie an der Universität Bayreuth.

Abb. 1: Veränderung der Auftragslage innerhalb der letzten 12 Monate, Angaben in % (Quelle: Eigene Erhebung, Sommer 2009).



¹ IHK Oberfranken Bayreuth (2010): IHK-Konjunkturumfrage: Es geht langsam bergauf. In: Oberfränkische Wirtschaft 1/2 2010: 14-15.

Wie meistert der oberfränkische Mittelstand die Krise?

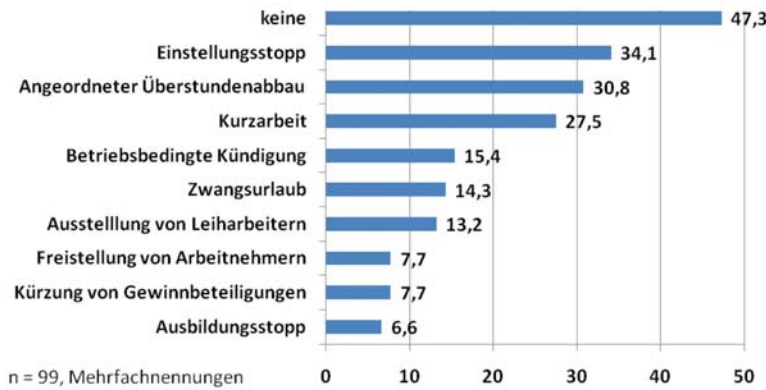


Abb. 2: Beschäftigungsmaßnahmen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den letzten 12 Monaten (Quelle: Eigene Erhebung, Sommer 2009).

Sind die Betriebe in Oberfranken von einer „Kreditklemme“ betroffen? Angesichts der geringen Zahl von Unternehmen, die finanzielle Engpässe melden, und der Tatsache, dass nur 16% der Betriebe Probleme bei der Kreditbeschaffung angeben, könnte man die Frage zunächst verneinen. Die betroffenen Unternehmen bekommen jedoch sehr deutlich eine restriktive Kreditvergabehaltung der Banken zu spüren. Zum einen werden bestimmte Branchen sehr negativ bewertet, zum anderen werden zu hohe Sicherheitsforderungen oder eine generelle Zurückhaltung bei der Kreditvergabe angeführt. 45 % der Betriebe haben es gar nicht versucht, einen Kredit aufzunehmen. Dabei handelt es sich überwiegend um kleinere Unternehmen, die häufig über weniger Eigenkapital verfügen und deshalb ihre Kreditmöglichkeiten möglicherweise zu negativ eingeschätzt haben, um Kredite zu beantragen. Aber auch die eigene Rückstellung von Investitionsvorhaben kann Ursache für diese Zurückhaltung sein. Die Befragung hat vielmehr gezeigt, dass es größere Mittelständler sind, die in der Krise noch Kredite beantragen. Je größer die Betriebe, umso häufiger stoßen sie dabei auf Probleme bei der Kreditvergabe, und dies, obwohl nach eigenen Angaben Eigenkapital, Sicherheiten und langjährige Geschäftsbeziehungen zu den Banken bestehen. Insofern ist in diesen Fällen doch eine „Kreditklemme“ zu konstatieren.

Im Vergleich zu anderen, bayern- oder bundesweiten Studien wird deutlich, dass die oberfränkischen Mittelständler weniger stark von den negativen Folgen der weltweiten Finanzkrise betroffen sind. Die im bayerischen Vergleich geringere Exportabhängigkeit dürfte hier einen positiven Einfluss haben. Die große Zurückhaltung beim Beschäftigtenabbau kann als ein Zeichen von Weitblick gewertet werden, ist der Fachkräftemangel in Oberfranken doch angesichts der demographischen Entwicklung in einigen Branchen schon virulent und wird sich in Zukunft auf andere Branchen ausweiten. So lässt sich mit dem aktuellen Konjunkturbarometer der IHK konstatieren, dass die oberfränkischen Betriebe die Krise bislang gut hinter sich gebracht haben. Allerdings bleibt abzuwarten, ob das Auslaufen der Kurzarbeit, v.a. in der Industrie, nicht doch noch negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt entfaltet. ■

Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Befragung mittelständischer Betriebe in Oberfranken, die im Sommer 2009 im Rahmen eines studentischen Projektseminars am Lehrstuhl Wirtschaftsgeographie durchgeführt wurde. Auf der Basis von Adressdaten der IHK Oberfranken wurden 394 Betriebe angeschrieben, von denen 117 Fragebögen zurückkamen (30 %). Nach Datenbereinigung beträgt die Stichprobengröße 99 Betriebe. Bei 71 % der befragten Betriebe handelt es sich um Familienunternehmen, in 92 % um den Hauptsitz und rund zwei Drittel haben maximal 50 Beschäftigte (Spannweite 6 – 388 Beschäftigte). Die Unternehmen decken ein breites Branchenspektrum ab mit einem Schwerpunkt im Baugewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungssektor.

Abb. 3: Negative Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf betriebliche Investitionsvorhaben (Quelle: Eigene Erhebung, Sommer 2009).



Professor Dr. Michael Zöller (Foto) ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Soziologie an der Universität Bayreuth und Vorsitzender des Council on Public Policy. Gemeinsam mit der Amerika-Forschungsstelle der Universität betreibt das Council transatlantisch vergleichende Politikforschung und -beratung. Im Oktober des letzten Jahres organisierte das Council eine internatio-

nale Konferenz unter dem Titel „The Market Society And Its Morality“ anlässlich des 250. Jahrestages des Erscheinens der „Theorie der ethischen Gefühle“, das Erstlingswerk des schottischen Moralphilosophen Adam Smith. Das im Herbst 2010 in Washington, DC stattfindende Transatlantic Law Forum, eine Kooperation des Council mit dem American Enterprise Institute, wird sich der ak-

tuellen Finanzkrise widmen.

Der nachfolgende Artikel erschien am 30. Juli 2009 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Nr. 174, S 29), ist auch in dem inzwischen in der „edition suhrkamp“ erschienenen Band "Die Zukunft des Kapitalismus" enthalten und soll aufgrund seiner thematischen Aktualität hier noch einmal wiedergegeben werden.



Haben wir denn im Kapitalismus gelebt?

Marktversagen, Staatsversagen – oder was sonst?

Die gängige, wertkonservative Kritik des Kapitalismus geht von seiner Zählebigkeit aus, doch kommt dieses Eingeständnis als vergiftetes Kompliment daher. Gerade wegen seiner unübersehbaren Vitalität sei er als solcher noch nicht gesellschaftsfähig; Moral, Gesittung und Recht müssten ihm erst beigebracht werden. Gegenwärtig hat diese Beschreibung des naturwüchsig amoralischen, wenn nicht moralzehrenden Charakters des Kapitalismus auch deshalb Konjunktur, weil sie sich mit der Moritat von Vertreibung und Heimholung der Politik verbindet. Vom Marktradikalismus zunächst verdrängt, genieße die Politik nun wieder den gebührenden Vorrang.

Man muss die Frage stellen, ob wir denn wirklich im Kapitalismus gelebt haben, um an die Hinweise auf das Gegenteil zu erinnern. Schon lange bevor es nur noch staatliche, halbstaatliche und direkt oder indirekt staatlich garantierte Banken gab, konnten wir nicht mehr von Geld sprechen, ohne von Geldpolitik zu reden, und ob etwa der Arbeitsmarkt nach Marktgesetzen funktioniert, ist eine rhetorische Frage. Während solche Gegenerzählungen Zweifel am Bild vom ungehemmten Kapitalismus nähren, führt der Vergleich verschiedener Krisen direkt zur Bezie-

hung zwischen Markt, Moral und Staat. Wären nämlich die wiederkehrenden Krisen tatsächlich das direkte Ergebnis einer kapitalistischen Ordnung, dann sollten sie ähnlich verlaufen.

Zu den Krisen, die im kollektiven Gedächtnis kaum Spuren hinterließen, zählt diejenige zu Anfang der zwanziger Jahre, in der der amerikanische Präsident Harding sich für keine der gleichermaßen problematischen Handlungsempfehlungen entscheiden mochte. Die Krise war bald ausgestanden, doch ging er als Do-nothing-Präsident in die Geschichtsbücher ein. Roosevelt hingegen entfachte ein Ausmaß staatlicher Eingriffe ins Alltagsleben, für das es, von Mussolini abgesehen, kein Vorbild gab. An den Kennzeichen der vorgefundenen Krise, etwa der Arbeitslosigkeit, änderte das aber nichts. Erst der Krieg erwies sich als Stimulus.

Langfristig wirksamer als Roosevelts Politik war der New-Deal-Mythos, nicht nur Deutschland und Japan, sondern auch die Weltwirtschaftskrise seien durch große kollektive Anstrengungen überwunden worden. Die Anhänger dieses Glaubens an den aktiven Staat und die Kritiker, denen die Staatstätigkeit als Teil des Problems und nicht als dessen Lösung erscheint, stimmen allenfalls

darin überein, dass alle konkreten Ordnungen unreine Mischsysteme sind.

Ein Vergleich der beiden jüngsten Krisen führt jedoch über diese Banalität hinaus. Als vor wenigen Jahren die sogenannte Dotcom-Blase platzte, lag die Wertvernichtung bei mehr als dem Doppelten dessen, was man der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise bislang zurechnet. Dass diese Krise schon bald vergessen war, liegt daran, dass sie tatsächlich nach kapitalistischem Drehbuch verlief. Private und institutionelle Investoren verloren Geld, während alle anderen von den Folgen verschont blieben.

Wie aber kam es zu der Hypothekenblase, die schließlich zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise führte? Wie war es möglich, dass die Anbieter von Darlehen und ihre Kunden zunächst alle herkömmlichen Vorsichtsregeln missachteten und schließlich noch die Folgen ihres Leichtsinns in das gesamte Finanzwesen verschoben konnten? Aus Sorglosigkeit wird Verantwortungslosigkeit, wenn der Zusammenhang zwischen Verhaltensweisen und Konsequenzen gelöst wird. Diese Entkoppelung bewirkt wohl kaum der Kapitalismus selbst, da er auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht und, wie seine Kritiker sagen, alle dazu bringt, sich

Haben wir denn im Kapitalismus gelebt?

misstrauisch zu beäugen und auf Nummer Sicher zu gehen.

Tatsächlich sind die Anzeichen für Einwirkungen von außen ebenso zahlreich wie unübersehbar. Sie beginnen mit der uralten Auseinandersetzung um gutes Geld und schlechtes Geld. Der Staat hat sein Gewaltmonopol durch ein Geldmonopol ergänzt und dabei unterstellt, dieses sei so alternativlos wie jenes. Aus dem Monopol wurde ein Kartell der Geldpolitisation, das die Spielräume für die jetzt angeprangerte Gier erzeugte. Der Staat selbst betrieb Geldexpansion und ermunterte die Banken, weit über das Maß ihrer Einlagen und ihres Eigenkapitals hinaus ebenfalls Geld aus dem Nichts zu schaffen. So hat sich seit 1999 die umlaufende Dollarmenge nahezu verdoppelt, und die der Euros hat sich noch stärker vermehrt. Die Regierung der Vereinigten Staaten nutzte die Banken Fannie Mae und Freddy Mac dazu, die Spuren politisch motivierter Darlehensvergabe aus ihren eigenen Büchern zu entfernen, erfand also das Instrument der Verbriefung, das auch von der deutschen Bundesregierung noch kürzlich gefördert wurde -der Staat als Vorbild in kreativer Buchhaltung.

Er rechtfertigte dies als konjunktur-, wohlstands- oder eigentumsfördernd, also mit der Sorge ums Gemeinwohl. Ob dabei Hypotheken an Leute vergeben wurden, die nur auf steigende Immobilienpreise setzen konnten, oder ob die öffentliche Schuldenlast nur die Hoffnung auf Inflation ließ - der Staat als Spekulant. Und schließlich betätigte der Staat sich als Verdunkler, der die Preissignale unterdrückte und die Spuren der Verantwortlichkeit verwischte.

Wie steht es also mit der Behauptung, der Kapitalismus sei als solcher nicht gesellschaftsfähig und schaffe aus sich heraus weder Moral noch Recht? Zunächst erzeugt die oft beklagte Kommerzialisierung erst das, was wir Gesellschaft nennen, indem sie das Prinzip durchsetzt, dass nur der belohnt werden soll, der

die Interessen anderer im Auge behält. So führten schottische Denker mit der Beschreibung des Marktes auch den Begriff der Gesellschaft und eine von der sozialen Zusammenarbeit ausgehende Moralphilosophie ein. Zugleich erzwingt der Kapitalismus eine Verrechtlichung im zweifachen Sinne. Indem er den Einzelnen aus Strukturen der umfassenden Ein- und Unterordnung herauslöst und als Rechtssubjekt isoliert, verbindet er umgekehrt Handlungsfreiheit, Eigentum und Haftung, erzeugt also eine Kultur der Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit. Es liegt in der Logik dieser Kulturrevolution, dass solche bürgerlichen Werte als soziale Veranstaltung verstanden werden. Sie sind ein Konstrukt und müssen durch rechtliche Regeln und Institutionen gesichert werden. Adam Smith war das bewusst, weshalb er keineswegs vom Glauben an den Homo oeconomicus oder an ein wundersames Gleichgewicht ausging, sondern mit der parasitären Natur des Menschen rechnete. Den Banken zu verbieten, Papiere in Umlauf zu bringen, die sie nicht jederzeit einlösen können, sei eine so vertretbare Einschränkung der persönlichen Freiheit wie die Vorschrift zum Bau von Brandmauern. Später freilich, etwa in Samuelsons lange maßgeblichem Lehrbuch der Ökonomie, war von Recht und Institutionen keine Rede mehr.

Der Kapitalismus strebt jedenfalls von sich aus zur Verrechtlichung. Damit schafft er nicht nur das Vertrauen, das Individuen zur Zusammenarbeit ermutigt, sondern auch die einzige Chance, kollektive Entscheidungen moralisch zu bewerten. Sobald wir über die Logik des Gewaltmonopols, nämlich über die Notwendigkeit und Zumutbarkeit einer verbindlichen Rechtsordnung, hinausgehen, haben wir es mit Problemen zu tun, die nach einer Lösung verlangen, obwohl es an gesichertem Wissen, an vertretbaren moralischen Prinzipien oder an beidem fehlt. Wir wissen nicht, ob eine wachsende Sparneigung die Krise verlängert

oder ob eine höhere Geldmenge die Voraussetzung für Wachstum ist -und dass wir es mit einer Nachfragerücke zu tun haben sollen, ist so plausibel wie die Vermutung, es handele sich um eine Wertillusion, also eine Blase. Doch selbst wenn wir etwas zu wissen glauben, nämlich, dass es bei den Banken und in der Automobilindustrie Überkapazitäten gibt, nach welchen Kriterien gehen wir vor? Nur die anonymen Marktkräfte können auch hier für eine Zurechenbarkeit sorgen, also das Ergebnis moralisch vertretbar machen.

Auch in den Vereinigten Staaten ist Ralph Naders Warnung vergessen, schlimmer als ein von General Motors gebautes Auto könne nur ein von der Regierung entworfenes sein. GM wird nun als "Government Motors" ausbuchstabiert, durch amtliches fiat wird entschieden, wer sich mit Fiat zu verbinden hat. Die Politik verhindert so lange wie möglich die "schöpferische Zerstörung". Sie übersieht dabei, dass sie auf diese Weise nicht nur das Geld des Steuerzahlers, sondern auch ihr eigenes Legitimitätskapital aufs Spiel setzt, indem sie den Staat auch psychologisch für die ökonomischen Folgen der politisch motivierten Entscheidungen haftbar macht.

Schlimmer noch, der Staat gerät in ein Dickicht von Interessenkonflikten und damit in ein unauflösbares moralisches Dilemma. Wie immer er entscheidet, begünstigt er die Interessen der einen zu Lasten der anderen, schlägt sich auf die Seite der Beschäftigten und benachteiligt Pensionsfonds und Sparer oder umgekehrt. Von einer Entlastung der Allgemeinheit durch individuelle Vorsorge, also von einer Wettbewerbsgesellschaft, in der Freiheit und Selbstverantwortung anerkannt sind, kann keine Rede mehr sein. Nicht Globalisierung oder Neoliberalismus haben uns in diese Lage gebracht, sondern der Versuch, Logik und Moral des Kapitalismus außer Kraft zu setzen. Dass dies auf Dauer nicht gelingen kann, ist ein geringer Trost. ■

Universität unterstützt Unternehmen

Wettbewerbsfähig produzieren am Standort in Deutschland

Stellenwert des Materials in Unternehmen

Laut dem Statistischen Bundesamt haben die Materialkosten einen Anteil von 43% am Bruttoproduktionswert im verarbeitenden Gewerbe; durch die steigenden Materialpreise sogar mit steigender Tendenz. Die Personalkosten zum Vergleich machen lediglich einen Anteil von 19% und Energiekosten weniger als 2% aus. Der Hebel durch Steigerung der Materialeffizienz in Unternehmen ist somit der Größte. Eine Erhöhung der Materialeffizienz um wenige Prozent kann die wirtschaftliche Lage und die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens deutlich verbessern und ist somit ein Weg aus der Krise – und das ohne Personal abzubauen. In vielen Unternehmen hat der Materialeinsatz leider immer noch einen deutlich niedrigeren Stellenwert als der Personaleinsatz. Der Lehrstuhl Umweltgerechte Produktionstechnik von Prof. Dr.-Ing. Rolf Steinhilper, an dem auch die Fraun-

Der Materialverbrauch hat einen Anteil von 43% am Bruttoproduktionswert im verarbeitenden Gewerbe (Personalkostenanteil lediglich 19%). Materialeffizienzsteigerung hat laut Wirtschaftsministerium ein Potential von 100 Milliarden Euro pro Jahr. Bereits zwei Dutzend Unternehmen beauftragten den Lehrstuhl in den vergangenen 2 Jahren mit der Aufdeckung und Bewertung von Effizienzsteigerungspotentialen sowie der anschließenden Optimierung und Umsetzung im Betrieb.

hofer-Projektgruppe Prozessinnovation angesiedelt ist, hat in den vergangenen Jahren über zwei Dutzend Unternehmen unterstützt, ihren Materialverbrauch signifikant und nachhaltig zu verringern und den Stellenwert des Materials im Unternehmen zu steigern. In den meisten Fällen wurden die Projekte gefördert durch das Programm VerMat der Deutschen Materialeffizienzagentur im Auftrag des BMWi.

Aufdeckung und Bewertung von Materialeffizienzpotentialen

Der erste und wesentliche Schritt zur Steigerung der Materialeffizienz ist die Aufdeckung der vorhandenen Materialeffizienzpotentiale in den Unternehmen. Die Potentialanalyse erfolgt in vier aufeinander

folgenden Schritten. Im Ersten wird eine Projektaufstartveranstaltung im Unternehmen durchgeführt, um alle Ebenen (Geschäftsführer bis Maschinenbediener) aktiv in das Projekt einzubinden. Jeder Mitarbeiter im Unternehmen ist aufgefordert, sich mit dem Thema Materialeffizienz in seinem Bereich auseinanderzusetzen und in den folgenden Tagen erkannte Schwachstellen und Potentiale in Bezug auf Materialeffizienz zu notieren. Einige Tage später führen die Materialeffizienzberater der Universität Bayreuth / Fraunhofer-Projektgruppe Prozessinnovation im zweiten Schritt eine Wertstromanalyse / Stoffstromanalyse im Unternehmen durch, in der jeder Prozess – von der Rohmaterialbeschaffung bis zum Versand der Fertigprodukte – aufgenommen und analysiert wird. Die Herausforderung liegt in den unterschiedlichsten Roh- und Ausgangsmaterialien (Papier, Kartonagen, Metallrohre, -platten, -rohlinge, Kunststoffgranulat, Farben, Verpackungsmaterial etc.) und in den verschiedensten Produktionsprozessen (Stanzen, Drucken, Drehen, Fräsen, Spritzgießen etc.) der Unternehmen.



Dr.-Ing. Stefan Freiberger ist Leitender Ingenieur am Lehrstuhl Umweltgerechte Produktionstechnik sowie bei der Fraunhofer-Projektgruppe Prozessinnovation und akkreditierter Berater der Deutschen Materialeffizienzagentur



Abb. 1: Metallabfälle durch zerspanende Produktion sollten einen höheren Stellenwert im Unternehmen haben.

Materialeffizienz



Abb. 2:
Wertstromanalyse
an einem Fräs-
prozess zur Auf-
deckung von
Materialeffi-
zienzpotentialen.

Neben den Potentialen, die der Materialeffizienzberater aufdeckt, werden die von den Mitarbeitern erkannten Potentiale besprochen. Im nächsten Schritt werden die Potentiale anhand der Stücklisten, Produktionsstückzahlen und Ausschussraten quantifiziert, um ein Ranking der Materialeffizienzpotentiale nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufzustellen. Nebenbei werden in den meisten Projekten Potentiale erkannt, die nicht im direkten Zusammenhang mit Materialeffizienz stehen. Im abschließenden Arbeitspaket werden die erkannten Potentiale dem gesamten Projektteam präsentiert und das weitere Vorgehen zur Umsetzung der Potentiale diskutiert. Der Betriebsablauf wird nur im sehr geringen Maß – durch die Befragun-

gen und Präsentationen – gestört, da die Analysen parallel zum normalen Produktionsbetrieb stattfinden.

In den zwei Dutzend Materialeffizienzprojekte wurden in den Unternehmen Materialeinsparungen zwischen 0,5% und 10% (Durchschnitt 2,5%) aufgedeckt, wodurch sich ein wirtschaftliches Potential von 15.000 Euro/Jahr bis fast 3.000.000 Euro/Jahr (Durchschnitt 150.000 Euro) errechnen und umsetzen lässt.

Prozessoptimierung und Umsetzungsbegleitung zur Materialeffizienzsteigerung im Unternehmen

Die überzeugenden Zahlen aus der Materialeffizienz-Potentialanalyse veranlassen die meisten Unterneh-

men die Potentiale möglichst zeitnah zu heben. Häufig werden die Unternehmen auch in dieser Phase von den Materialeffizienzberatern begleitet. In der sogenannten Vertiefungsberatung werden detaillierte – meist technische – Maßnahmen und Umsetzungsstrategien zur Optimierung einzelner Prozesse (z. B. Verschnittoptimierung an Stanz- oder Schneidemaschinen), Verbesserung gesamter Produktionsabläufe und Produktionslayouts (z. B. Einführung von Qualitätskontrollen zur sofortigen Fehlererkennung), Strukturierung von Einkaufsprozessen (z. B. Variantenreduktion zur Verringerung von Restmaterialien im Lager) oder Optimierung von Transport- und Lagerungsprozessen (z. B. Vermeidung von Materialbeschädigungen durch sachgerechte Transportbehälter und Lagerstrategien) ausgearbeitet und in den Unternehmen umgesetzt.

Ein Großteil der ausgearbeiteten Maßnahmen zur Steigerung der Materialeffizienz kann in den Unternehmen mit überschaubaren Investitionskosten umgesetzt werden. Der Return on Invest für die Beratung sowie für die notwendigen Investitionen liegt in den meisten Fällen bei weniger als einem Jahr. Die Projekte zur Steigerung der Materialeffizienz sind somit für die Unternehmen eine sehr gute Investition, welche die Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen signifikant und nachhaltig steigert. ■

„Wie im Treibhaus!“

Start des neuen Umweltbildungsprogramms des Lehrstuhls Didaktik der Biologie



Professor Dr. Franz X. Bogner ist Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der Biologie.



Die Klimakrise ist in aller Munde. Gerade Jugendliche fühlen sich angesichts der Ausmaße des Problems und der Fülle der zum Teil widersprüchlichen Informationen oft hilflos. Dabei sind sie es, die nichts dafür können, aber in Zukunft mit den Auswirkungen des Klimawandels umgehen müssen. Mit ihrem Umweltbildungsprogramm „Wie im Treibhaus!“ setzt Daniela Sellmann, Doktorandin des Lehrstuhls Didaktik der Biologie, genau hier an.

Der Klimawandel als globales Problem beschäftigt die Menschen weltweit. Längst sind viele Bereiche unseres Lebens betroffen: Ökosysteme und Artenvielfalt genauso wie Medizin und Wirtschaft. Auch die Medien haben das Thema aufgegriffen, berichten über Klimakonferenzen und bieten eine Vielzahl an Informationen über Ursachen und Auswirkungen.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass Jugendliche den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit betrachten. Obwohl eine große Handlungsbereitschaft vorhanden ist, wissen viele Jugendliche jedoch nicht, wie sie dem globalen Problem Klimawandel gegenüber treten sollen. Vor allem das Internet bietet eine nahezu unüberschaubare

Fülle an Informationen zum Thema, die es Jugendlichen schwer macht, sich einen Überblick zu verschaffen. Es ist daher von großer Bedeutung, sie dazu zu befähigen, kompetent mit solchen Informationen umzugehen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, dem Klimawandel zu begegnen.

Das Projekt „Wie im Treibhaus!“

Frau Sellmann hat zu diesem Zweck im Rahmen ihrer Doktorarbeit ein zweitägiges Umweltbildungsprogramm entwickelt. Angelehnt an den gymnasialen Lehrplan der Jahrgangsstufe 10 für die Fächer Biologie und Geografie wurden verschiedene Lernmodule erstellt. Diese werden zum einen in der Schule, zum anderen im Ökologisch-Botanischen Garten Bayreuth (ÖBG) als außerschulisches Lernort durchgeführt.



Während im Klassenzimmer vor allem die theoretischen Hintergründe zum Themenkomplex Klimawandel vermittelt werden, ist die Arbeit im ÖBG durch einen praktischen Bezug zur Natur und zum wissenschaftlichen Arbeiten geprägt. Hier stehen vor allem der Einfluss des Klimawandels auf die Vegetation sowie aktuelle Forschungsarbeiten im Mittelpunkt. Der ÖBG bietet die Möglichkeit, Schüler/innen auf kleinem Raum Pflanzenarten aus der ganzen Welt in einem naturnahen



Mithilfe von Spielkarten stellen die Schüler/innen ein klimafreundliches Frühstück zusammen.



Schülerin am
Mikroskop.

Umfeld zu zeigen und ihnen so ein Bild der verschiedenen Klimazonen der Erde zu vermitteln.

Die verschiedenen Elemente des Programms setzen auf ein freies und selbstständiges Erarbeiten der Sachverhalte durch die Schüler/innen, z. B. durch das Lernen an Stationen, Gruppenarbeit oder eigene kleine Experimente, die Lehrkraft soll dabei lediglich geringe Hilfestellung leisten. Den Schülerinnen und Schülern soll ein Überblick über Ursachen, Mechanismen und Folgen des Klimawandels vermittelt werden, wobei auch auf das bereits vorhandene Wissen zum Thema aufgebaut wird. Neben dem rein systemischen Wissen werden hierbei auch konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt. Die Schüler/innen sollen so in die Lage versetzt werden, aus einem Katalog verschiedener Handlungsoptionen die für sie wirksamsten auszuwählen und so einen aktiven und damit eigenen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können.

Das Programm umfasst folgende Module:

Modul 1:

Das Klima im Wandel.

In diesem Lernzirkel erarbeiten die Schüler/innen im Klassenzimmer selbstständig Grundwissen zum Thema Klimawandel. In neun Sta-

tionen geht es sowohl um Ursachen des Klimawandels als auch um seine Auswirkungen auf die Umwelt. Internationale und nationale Klimaschutzmaßnahmen werden ebenso thematisiert wie Möglichkeiten zum individuellen Klimaschutz zu Hause und in der Schule. Außerdem erhalten die Schüler/innen einen Einblick in die Arbeitsweisen der Klimaforschung.

Modul 2:

Klimawandel und Vegetation.

Dieses Modul findet im Ökologisch-Botanischen Garten statt. An Stationen im Außengelände sowie in den Schauwächshäusern lernen die Schüler/innen anhand ausgewählter Pflanzenarten Auswirkungen des Klimawandels auf die weltweite Vegetation kennen. Konsequenzen für die lokale Landwirtschaft werden aufgezeigt und das Thema Energie-

gewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen behandelt.

Modul 3:

Ab ins Labor!

In Kleingruppen können die Schüler/innen in offenen Experimenten das zuvor Erlernte vertiefen. Auswirkungen und Mechanismen des Klimawandels sind ebenso Thema der Experimente wie regenerative Energien.

Schwerpunkt der Doktorarbeit liegt neben der Wissensvermittlung auch auf der Erfassung von Schülervorstellungen. Besonders bei einem komplexen Thema wie dem Klimawandel haben Schüler/innen eine Vielzahl von Vorstellungen, die jedoch oftmals nicht ganz korrekt sind. Das Programm erfasst diese Vorstellungen, geht gezielt auf sie ein und versucht, solche „Fehlvorstellungen“ zu ändern.

Bereits im Januar 2010 wurde das Unterrichtsprogramm samt aller Materialien mehr als zwei Dutzend Lehrern/innen aus Oberfranken im Rahmen einer eintägigen Lehrerfortbildung vorgestellt. Die Lehrer/innen schlüpften dabei in die Rolle von Schülern, lernten dabei auch alle Hintergründe kennen und wurden auch ganz konkret zur weiteren Mitarbeit eingeladen.

Das Umweltbildungsprogramm „Wie im Treibhaus!“ wird im laufenden Jahr 2010 etwa 300 bis 400 Schüler/innen aus Oberfranken zugute kommen. ■



Ihre Ergebnisse protokollieren die
Schüler/innen in „Forscherheften“.

Krankheit als Krise

Erforschung medizinischer Kommunikation als etablierter Bereich innerhalb der Angewandten Linguistik

Lebensbedrohliche und chronische Erkrankungen werden von den Betroffenen häufig als schwere Krisen empfunden. Wie diese Krisen bewältigt werden, wie Krankheit sprachlich vermittelt und in der Arzt/Patient-Kommunikation behandelt wird, untersuchen Prof. Karin Birkner und ihre Mitarbeiter/innen Ivan Vlassenko und Alexandra Groß am Lehrstuhl Germanistische Linguistik der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät. Die Erforschung medizinischer Kommunikation ist ein etablierter Bereich innerhalb der Angewandten Linguistik, in der sprachwissenschaftliche und interaktionsanalytische Forschung mit einer Anwendungsorientierung, z. B. der Verbesserung der A/P-Kommunikation, verbunden wird.

Fehlende Diagnose als Auslöser von Krisen

Einer der Schwerpunkte der Forschung der Germanisten liegt auf „Subjektiven Krankheitstheorien“, d. h. den Vorstellungen von Patient/innen über das Wesen, die Entstehung und die Behandlung von Krankheiten (Faller 1997: 265). Diese nehmen auf vielfältige Weise Einfluss auf den Verlauf einer Erkrankung, so z. B. auf 'Compliance' (Therapietreue) und 'Coping' (Krankheitsverarbeitung). In der Arzt/Patient-Kommunikation gilt die Verständigung über Krankheitstheorien als wichtige Voraussetzung für die Herstellung eines Arbeitsbündnisses und damit eine erfolgreiche Behandlung (Birkner 2006).

Die empirische Datenbasis der Untersuchung von Subjektiven Krankheitstheorien bilden Arztgespräche

und Interviews mit Patient/innen, die die Verdachtsdiagnose „Somatoforme Störung“ aufweisen, d. h. unter körperlichen Beschwerden leiden, für die kein eindeutiger medizinischer Befund vorliegt. Die Verbalisierungspraktiken und Verfahren der interaktiven Bearbeitung werden mit gesprächsanalytischen Methoden untersucht. Dazu werden die Gespräche und Interviews aufgezeichnet und zunächst als Grobtranskripte verschriftlicht. Für die Auswertung werden dann Feintranskripte von relevanten Stellen erstellt (vgl. Abb. 1 und 2).

Das Fehlen einer eindeutigen Diagnose und die Ungewissheit über die Ursachen der Beschwerden werden von den Betroffenen als stark belastend empfunden. Nicht zuletzt resultieren aus einer Diagnose Behandlungsperspektiven und die Hoffnung auf Heilung. Für die Patient/innen ist außerdem die eigene Glaubwürdigkeit sehr eng an Diagnosen gekoppelt, wie der Transkriptauschnitt in Abbildung 1 illustrieren soll.

Die Verdachtsdiagnose „Somatoforme Störung“ wird von den Patient/innen häufig nicht akzeptiert.

Selbst wenn sie eine psychosomatische Komponente ihrer Beschwerden für möglich halten, äußern sie dies im Arzt/Patient-Gespräch häufig nicht (Kreissl/Türp/Overlach/Birkner 2004).

Diese Zurückhaltung bei der Äußerung psychosomatischer Krankheitstheorien ist in der Furcht vor Stigmatisierung begründet und kann zu einer antizipatorischen Abwehr gegen eine psychosomatische Deutung der Beschwerden führen. Das bringt die Patient/innen oft in ein Dilemma zwischen der Selbstpositionierung als psychisch belastbar einerseits und durch die Beschwerden belastet andererseits. Dadurch kann der Verlauf des Arzt/Patient-Gesprächs so stark geprägt werden, dass selbst eine offene Fragetechnik des Arztes allein die Patient/innen nicht ermutigt, ihre psychosomatischen Ursachentheorien mitzuteilen. Der Patientin Frau B. beispielsweise überlässt der Arzt viel Gesprächsraum, macht Pausen, lässt seinerseits die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen, verstreichen und gibt durch wiederholtes Nachfragen mehrfach die Gelegenheit, dieses medizinisch hochrelevante Thema zu vertiefen; nichtsdestotrotz ela-



Frau Professor Dr. Karin Birkner ist Universitätsprofessorin für Germanistische Linguistik.



Ivan Vlassenko ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Germanistische Linguistik.

Abb. 1: Transkript Simulant

```

01 P: ich dachte echt ich krieg ne diagnoSe;
02 T: hm=hm,
03 (.) mit der hoffnung sind sie geKOMmen;
04 P: (--) und es hat mich äh (-) am sonntag (-) ziemlich UMGeworfen;
05 (-) also DA: (--) da hab ich bisschen so (-) äh (--)
06 bin ich bisschen so zuSAMmengebrochen;
07 [hab halt geHEULT und so;
08 T: [hm=hm,
09 P: .h weil ich dachte erstens die halten mich hier fürn simuLANTen.
10 (-) und ZWEItens äh ähm: (--) (.)
11 ich hab halt ne hoffnung verbunden DAMit;
12 (-) falls ich ne diagnose beKOMme,
13 [dann hätt ich gewusst wies WEItergeht;
14 T: [ja-
15 hm=hm,
    
```

| | | | |
|---------|-----------------------------------|---------|-------------------------------------|
| T [v] | [geht= | =[die | [<<cresc> reAle WELT wieder los > - |
| T [nvG] | [Faust geöffnet | [Kralle | [Kralle |
| | | | |
| T [K] | | | [Gipfelpunkt |
| T [nvB] | | | |
| I [pv] | [((leichtes Nicken mit dem Kopf)) | | |
| I [nvB] | | | |

Abb. 2:
Transkript
,reale Welt'

boriert sie ihre Krankheitstheorie nicht. Ganz anders im Interview; hier spricht die Patientin außerdem über ihre Todesangst und die mit ihrer Schmerzerkrankung einhergehenden Depressionen.

Die Untersuchungen machen deutlich, dass Subjektive Krankheitstheorien kontextsensitiv eingebracht werden. Dieses Ergebnis ist methodisch für medizinisch-psychologische Forschungen hochrelevant, da die Kontextgebundenheit von Subjektiven Krankheitstheorien in den üblichen Fragebogenerhebungen ausgeblendet wird. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Subjektive Krankheitstheorien stabile, invariable Gebilde sind, sondern sie unterliegen individuellen Zielen in verschiedenen Settings, variieren nach Krankheitsphase und -verlauf und nicht zuletzt nach Art der Krankheit.

Diagnose als Auslöser der Krise

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich „Sprache und HIV/AIDS“. Während bei somatoformen Erkrankungen das Fehlen der Diagnose ein Problem darstellt, löst die Bekanntgabe des positiven Ergebnisses über die vorliegende HIV-Infektion bei Betroffenen eine Krise aus. Da die HIV-Infektion dank neuer Therapiemöglichkeiten zwar behandel-, aber nicht heilbar ist und den Charakter einer chronischen Krankheit mit ungewissem Verlauf aufweist, ist sie ein Stres-

sor, den seropositive Menschen jahrelang bewältigen müssen. Das „Coping“, d. h. die von den Patienten entwickelten Bewältigungsstrategien, sich an die Krankheit anzupassen und sich mit ihr auseinanderzusetzen (vgl. Burish/Bradley 1983, Hasenbring 1990), umfasst einzelne Phasen der Krankheitsverarbeitung wie Ungewissheit – Schock – Verleugnung – Zorn und Wut – Depression – Feilschen oder Handeln – Akzeptieren (Kübler-Ross 1971). Hier lassen sich heterogene sowohl emotionsregulierende als auch problem-orientierte Bewältigungsstrategien der HIV-Infizierten erkennen, beispielsweise Ausblenden, Ablenken, Bagatellisieren, Fatalismus, Flucht, Selbstmitleid, aber auch Kampfgeist und positive Selbstinstruktion. Die empirische Grundlage bilden Audio- und Videoaufzeichnungen von Interviews mit Betroffenen. Den Schwerpunkt des Forschungsprojektes bildet die Analyse der sprachlichen Mittel, die HIV-Infizierte bei der narrativen Rekonstruktion des Krankheitserlebens verwenden.

Bei der Untersuchung der Darstellungsverfahren, mit denen die Betroffenen ihre Erfahrungen verbalisieren, fallen Narrationen auf, in denen heterogene Darstellungsverfahren eingesetzt werden.

Die bildhafte Verbalisierung von Coping-Strategien durch Metaphern, Vergleiche, Bilder und Szenarios wird häufig von gestischen Visualisierungen begleitet. Idiosyn-

kratische Gestik visualisiert mentale Vorstellungen (vgl. Abb. 2). Die Darstellungsverfahren sind nicht willkürlich, sondern an Coping-Erfahrungen einzelner Phasen angepasst. So ist die Rekonstruktion der stark emotionalen Schockphase durch die Bündelung multimodaler Ressourcen geprägt, d. h. es kommen verbale und visuelle (nonverbale) Mittel zum Einsatz. Das unterscheidet sich wesentlich von der sachlichen Darstellung der Akzeptanz-Phase, die semiprofessionelles Wissen über das Nutzen aktiver Coping-Strategien, die für eine erfolgreiche Therapie sowie Compliance nützlich sind, vermittelt. Die sprachlichen Phänomene lassen Rückschlüsse auf kognitive Schemata krankheitsbezogener Konstrukte zu. Die Ergebnisse der Untersuchung werden der AIDS-Beratung zur Verfügung gestellt. ■

Literatur

- Birkner, K. (2006): Subjektive Krankheitstheorien im Gespräch. In: Gesprächsforschung – Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion 7, 152-183.
- Kreissl, M./Overlach, F./Türp, J.C./Birkner, K. (2004): Das zahnärztliche Erstgespräch bei Patientinnen mit chronischen Gesichtsschmerzen. In: Schmerz, Band 18, 2004, 266-289.
- Burish, T.G.; Bradley, L.A. (1983): Coping with chronic disease: Definitions and issues. In: Burish, T.G.; Bradley, L.A. (Hg.), Coping with chronic disease. New York, 3-12
- Faller, H. (1997): Subjektive Krankheitstheorien bei Patienten einer psychotherapeutischen Ambulanz, in: Zeitschrift für Klinische Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie 45, 264-78.
- Hasenbring, M. (1990): Zum Stellenwert subjektiver Theorien im Copingkonzept. In: Hoefert, H.-W. (Hg.), Schmerzbehandlung. Psychologische und medikamentöse Interventionen. München, 161-176.
- Kübler-Ross, E. (1971): Interviews mit Sterbenden. Stuttgart.
- Lazarus, R. S.; Folkman, S. (1984): Stress, appraisal, and coping. New York.

Leistungssport in der Krise

Ist das Dopingproblem zu lösen?

In den letzten Jahren sind Leistungsmanipulationen zu dem größten und einem durchaus existenzbedrohenden Problem des Leistungssports geworden. Zunehmende Berichte bewirken, dass das öffentliche Interesse an von Doping betroffenen Sportarten abnimmt, eine negative Spirale in Gang gesetzt wird und die Sportart Gefahr läuft, aus dem öffentlichen Leben zu verschwinden.

Generell lässt sich ein vollständig manipulationsfreier Sport niemals erreichen; es muss jedoch dahingehend differenziert werden, ob der Betrug von einzelnen Athleten durchgeführt wird und von der Mehrheit der Konkurrenten abgelehnt sowie von höherer Stelle verfolgt und sanktioniert wird, oder ob die Manipulation im System verankert ist und Voraussetzung dafür ist, an Spitzenveranstaltungen überhaupt teilnehmen zu können.

Wenn man sich die Rekord- und Leistungslisten in den Kraft- und Schnellkraftdisziplinen, wie z.B. in den leichtathletischen Wurfdisziplinen der Frauen, anschaut, findet man einen kontinuierlichen Anstieg der Leistungen mit einer Plateaubildung bis Anfang der 70er Jahre, nach denen dann ein zweiter Schub offensichtlich wird, der erst Ende der 80er Jahre wieder abflacht. Seit der politischen Wende mit dem Fall der Mauer sind die internationalen Spitzenleistungen in diesen Diszi-

plinen drastisch zurückgegangen. Eine deutsche Athletin, die heutzutage die Goldmedaille im Kugelstoßen gewinnen würde, hätte sich mit dieser Weite kaum für die Olympischen Spiele von 1980 bis 1988 qualifizieren können. Athletinnen, die damals unter Dopingeinfluss teilnahmen, sich aber nicht unter den Medaillengewinnern wiederfanden, wurden auch von westdeutschen Boulevardzeitungen als Olympiatouristen verspottet. Es steht mittlerweile fest, dass in allen Kraft- und Schnellkraftdisziplinen zwischen 1970 und 1990 nahezu alle internationalen Spitzenleistungen nur unter Dopingeinfluss erbracht werden konnten, was von staatlicher Seite entweder gefördert oder zumindest wohlwollend geduldet wurde.

Mit der politischen Wende und den verbesserten Nachweismethoden für anabole Steroide (Muskelaufbauende Präparate) und, was entscheidend war, dem Willen diese Methoden auch sinnvoll einzusetzen, konnte der Einfluss dieser Substanzen insbesondere bei den Frauen zurückgedrängt werden, so dass die heutigen Spitzenleistungen, z.B. in den leichtathletischen Wurfdisziplinen, gegenüber denen von 1988 um 10-20% geringer sind. Zeitgleich mit dem sich verringerndem direkten politischen Einfluss nahm jedoch der ökonomische Einfluss in den publikumsträchtigen Sportarten kontinuierlich zu. Dabei zeigt sich in wissenschaftlichen spieltheore-

tischen Ansätzen, dass ein Athlet mit großer Wahrscheinlichkeit manipulieren wird, wenn das Ziel lohnend und das Risiko gering ist. Beispiele sind hier die Sprintdisziplinen der Männer und Frauen, bei denen ausgesprochen hohe Profite locken. Ganze Teilnehmerfelder von erwachsenen Männern mit Zahnspangen, die getragen wurden, da aufgrund von Wachstumshormonmissbrauch das Zahnfleisch wucherte und sich die Zahnstellung veränderte, zeugen von der Dopingmentalität. Mittlerweile sind fast alle 100m-Weltmeister und Olympiasieger der vergangenen 30 Jahre des Dopings überführt oder sie werden mit Doping in Verbindung gebracht.

Die aktuellen Probleme erwachsen insbesondere aus dem Ausdauersport, der bis in die 90er Jahre noch häufig als rein und asketisch angesehen wurde. Doch schon in den frühen Jahren war der Radsport wegen seiner immens hohen Beanspruchung äußerst dopinggefährdet. In den 90er Jahren wurde hier von fast allen Fahrern manipuliert und diejenigen, die nicht dopten, hatten (und haben wahrscheinlich auch heute) noch keine Gewinnchance. Ein sehr ähnliches Bild zeigte sich auch in den anderen großen Ausdauerdisziplinen, wie dem Skilanglauf und der Leichtathletik, in denen schubweise ganze Nationen (Finnland im Skisport, Russland in der Leichtathletik) ihre internationalen Starter wegen Dopingmissbrauchs verloren. ▶



Professor Dr. Walter Schmidt lehrt an der Universität Bayreuth Sportmedizin und Sportphysiologie.

Leistungssport in der Krise – Ist das Dopingproblem zu lösen?

All diese Dopingpraktiken waren von gravierenden gesundheitlichen Gefährdungen mit Todesfolge begleitet. Beispielhaft seien nur 17 Todesfälle im Radsport aus dem Jahr 1989 allein in Belgien und den Niederlanden genannt, die mit größter Wahrscheinlichkeit auf Erythropoietin (EPO)-Missbrauch zurückzuführen sind.

In den letzten 30 Jahren wurde daher sehr engagiert die Frage diskutiert, ob nicht durch eine Legalisierung alle Probleme mit einem Schlag gelöst werden könnten. In diesem Fall wäre Chancengleichheit für alle dopenden Athleten hergestellt, die Kriminalisierung ganzer Disziplinen entfielen und eine offizielle medizinische Überwachung der Medikamenteneinnahme würde eine Überdosierung verhindern und damit das Gesundheitsrisiko stark vermindern. Dem muss allerdings entgegen gehalten werden, dass keine natürliche Chancengleichheit mehr bestünde, da die Ansprechbarkeit auf Medikamente nun leistungsbestimmend wären. Es würde eine zwangsläufige Freigabe im Freizeit- und Jugendsport er-

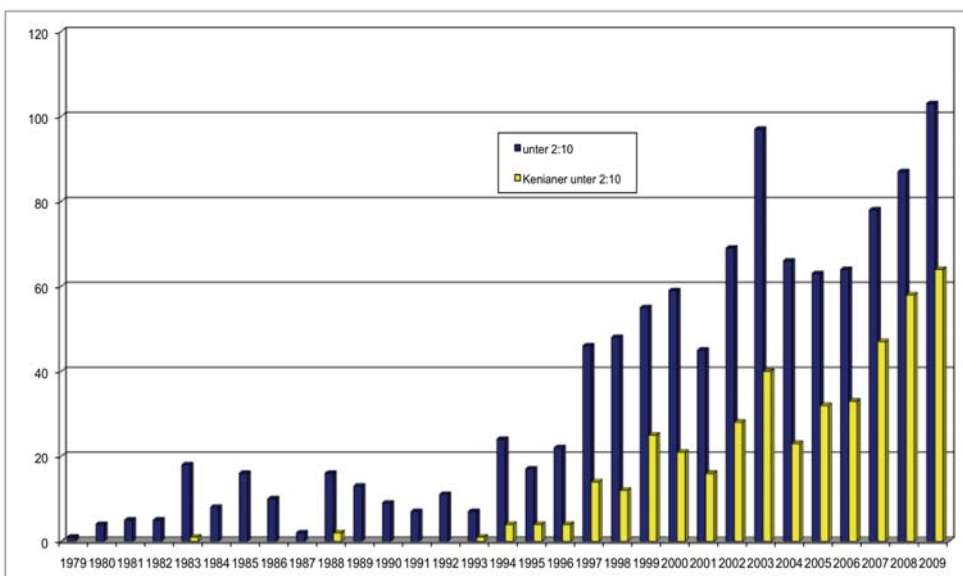
folgen, da dort ansonsten ja wieder Kontrollen eingeführt werden müssten; ebenso gäbe es eine flächendeckende Gesundheitsgefährdung, da im Amateurbereich keine ausreichende ärztliche Überwachung erfolgen würde. Auch müsste jegliche staatliche Förderung entfallen, da eine Unterstützung Gesundheitsgefährdender Praktiken ethisch nicht vertretbar wäre. Auch das Modell, das eine Zweiteilung in einen Schausport, in dem Doping freigegeben wäre, und einen Freizeit- und Nachwuchssport vorsieht, in dem weiter kontrolliert wird, kann das Problem in keiner Weise lösen.

Sport und Doping sind zwei polare Gegensätze, die sich in einer ethisch verantwortlichen Gesellschaft gegenseitig ausschließen. Wenn der Leistungssport daher auf Dauer überleben will, muss jegliche Manipulation wirkungsvoll bekämpft werden. Voraussetzung dafür ist zunächst eine internationale Struktur, die es ermöglicht, weltweit gleiche Maßstäbe bei der Bekämpfung der Manipulationen anzulegen und so den häufig vorliegenden Einfluss nationaler (z.B. vom Staat verord-

netes Doping in der DDR) und verbandseigener Interessen zu eliminieren. Mit der Schaffung der World-Anti-Doping-Agency (WADA) ist eine entscheidende übergreifende Struktur geschaffen worden, die allerdings bereits wieder von nationalen Interessen gefährdet wird.

Inhaltlich müssen Anti-Dopingbestimmungen homogenisiert werden; es darf nicht sein, dass fast jede Ausdauerdisziplin eigene Grenzwerte für Blutgrößen besitzt, die sich deutlich von einander unterscheiden. Hier ist die WADA gefordert, einheitliche Richtwerte zu schaffen. Hinsichtlich der Nachweismethoden haben sich in den letzten Jahren deutliche Fortschritte ergeben. Nahezu alle bis in die 90er Jahre weit verbreiteten Substanzen können im Urin oder im Blut des Athleten nachgewiesen werden. Allerdings befindet sich eine große Anzahl von neuen Medikamenten in der Pipeline der Pharmaunternehmen, die in der Regel schon vor der Marktzulassung in Sportlerkreisen gehandelt werden. Dies zeigt sich daran, dass sobald ein neuer Test angewandt wird, sofort wieder einige Athleten entlarvt werden (z.B. Stefan Schumacher und Bernhard Kohl mit CERA bei der Tour de France 2008).

Leistungsexplosion im Ausdauersport vermutlich als Folge von EPO-Missbrauch seit 1995



Anzahl der Läufer pro Jahr, die einen Marathon (42,195 km) in einer Zeit unter 2h 10min bewältigen.
Blaue Balken = alle Läufer weltweit;
gelbe Balken = nur Kenianer.
(Quelle: Ruep/Treutlein)

Dennoch kann allein mit den direkten Methoden das moderne Doping nicht effektiv eingedämmt werden. Allein im Bereich der Blutbildung werden in den nächsten zwei Jahren über 150 neue Präparate auf dem Markt erwartet, so dass innovative, indirekte Nachweiskonzepte entwickelt werden. Anstatt zu versuchen, das benutzte Präparat direkt im Körper aufzuspüren, wird nun zusätzlich der Effekt der Manipulation aufgedeckt. Dabei wird die individuelle Veränderung einer oder mehrerer Blutgrößen mit dem Profil einer nicht gedopten Referenzgruppe verglichen und mittels statistischer Verfahren die Wahrscheinlichkeit einer Manipulation berechnet. Zu diesem Verfahren haben wir in Bayreuth einen wichtigen Beitrag geleistet: Durch die Entwicklung einer Messmethode zur Bestimmung der gesamten Hämoglobinmenge eines Menschen ist es möglich, die eigentliche Zielgröße einer jeglichen Blutmanipulation effektiv zu kontrollieren und so Manipulationen sichtbar zu machen.

Dieses System setzt jedoch engmaschige Kontrollen voraus. Schon jetzt muss ein Spitzensportler 3 Monate im Voraus jeden Tag eine Stunde benennen, zu der er an einem bestimmten Ort für Tests erreichbar ist. Und viele Radsportler werden schon heute (inklusive der teaminternen Programme) 30-40 mal pro Jahr getestet, wobei ihnen jeweils Blut- und Urinproben entnommen werden. Es ist abzusehen, dass viele Athleten dieses Procedere ablehnen werden und den Leistungssport quittieren.



Ein weiterer Eckpfeiler der Dopingbekämpfung liegt in der Prävention durch Aufklärung des Athleten, beginnend im Kindes- und Jugendalter. Aber auch diese Maßnahme kann nur greifen, wenn international gleiche Maßstäbe angewandt werden.

Ein großes Problem liegt in der internationalen Vernetzung der Dopingringe. Dabei sind sowohl die Produktion als auch der Vertrieb der Dopingsubstanzen in einem weltweitem Umfang von ~20 Milliarden € unter den verschiedenen Mafiaorganisationen der Welt aufgeteilt. Und auch die Versorgung der Sportler selbst erfolgt häufig durch hoch spezialisierte Netzwerke von Experten, wie die Aufdeckung der Gruppe um Dr. Fuentes mit über 50 Klienten zeigt. Beide Arten von Netzwerken können nur mit international abgestimmten Rechtsmitteln bekämpft werden, wobei nationale „Interessen“, wie dies beim Fuentes-Skandal der Fall ist, keine Rolle spielen dürfen.

Es stellt sich somit die Frage, wie die Zukunft des Leistungssports aussehen wird. Um das Übel an den

Wurzeln zu greifen, müsste dem Dopingverseuchten professionellen Sport die Basis, d.h. das Geld entzogen werden, was über das Desinteresse des Publikums und nachfolgend der Sponsoren erreicht werden kann. Heute zeigt, zumindest auf nationaler Ebene, die rückläufige Entwicklung im Radsport genau in diese Richtung. Sportarten, die sich selbst nicht reinigen können, sollten aus jeder öffentlichen Förderung herausfallen und aus der Liste der olympischen Sportarten mit allen Konsequenzen gestrichen werden, so dass sie in der Öffentlichkeit nicht mehr stattfinden.

*Usain Bolt -
Olympiasieger,
Weltmeister und
Weltrekordler mit
einer Fabelzeit. Er
ist ohne Frage ein
begnadeter Athlet.
Aber ist er auch
wirklich sauber?*



Dadurch würde der Sport selbst in keinster Weise seine Bedeutung einbüßen. Diese ist in seinem Einfluss insbesondere auf die Gesundheit bestens dokumentiert, so dass sportliche Aktivitäten mehr und mehr das Leben eines jeden Einzelnen prägen. Der Wegfall der von Doping verseuchten Sportarten kann gut verkraftet werden. Die Olympischen Spiele sind schon einmal ausgestorben, es bleibt zu hoffen, dass dies nicht ein zweites Mal geschieht. ■



Dr. Birgit Embaló, Fachkraft des Evangelischen Entwicklungsdienstes Bonn am INEP /Bissau, Kulturwissenschaftlerin und Projektmanagerin, Nationale Ko-Koordinatorin des Volkswagenprojektes in Guinea-Bissau



Anne-Kristin Borszik, Sozialwissenschaftlerin, Doktorandin der BIGSAS und Ko-Koordinatorin im Projekt

Unsicherheit

Ein rechtanthropologisches der Leitung von

Wenn Konflikte und ihre Lösung den streitenden Parteien als Krisen erscheinen und wenn Unsicherheit den Umgang mit Gerichten und Polizei prägt, stellt sich ganz besonders die Frage nach der Performanz rechtlicher Institutionen und nach den Handlungsstrategien streitender Parteien. Dieser Frage gehen zwölf Forscher/innen im Kooperationsprojekt „Local Strategies of Conflict Management in Guinea-Bissau“ nach.

In manchen Fällen ist es ein Erbstreit, der jahrelang ungeklärt bleibt, weil sowohl die Dorfältesten als auch das Amtsgericht die Anwendung miteinander unvereinbarer Normen und Regeln für die Konfliktlösung einfordern; möglicherweise bekommt hier derjenige Recht, der bessere persönliche Beziehungen zu Akteuren des staatlichen oder nicht-staatlichen Rechtssystems hat (s. Caterina Gomes Viegas zum Rechtssystem der ethnischen Gruppe der Pepel). Oder ist es der Diebstahl einer kleinen Kuhherde nach Einbruch der Dunkelheit, welcher den ehemaligen Besitzern die (oft einzige) finanzielle Sicherheit nimmt; nur aufgrund geduldigen Drängens bei Polizei, Militär und Gericht, der Zahlung hoher Geldsummen und nach Ermittlungsarbeiten durch die Kläger kommt es

nach vielen Monaten zu einer Gerichtsentscheidung und deren Inkraftsetzung (s. Fodé A. Mané zu interethnischen Konflikten zwischen Balanta und Fula im Sektor Bambadinca). In anderen Fällen ist es ein Grundstück, das drei oder vier Käufer zugleich findet – einige auf legalem Weg, andere „unter der Hand“; wer dann der rechtmäßige Besitzer des Landes sein und dort sein Wohnhaus bauen wird, entscheidet sich oft weniger nach rechtlichen Vorschriften als nach der Fähigkeit der Käufer, nicht-legal verfahrenende Angestellte der Verwaltung unter Einschaltung lokaler Medien oder durch Kontaktaufnahme mit einem Verwandten aus dem Regierungsmilieu der Hauptstadt einzuschüchtern, nach ihren magischen Fähigkeiten oder nach der Beharrlichkeit, mit der sie „Ungerechtigkeit“ bei der lokalen Verwaltung anklagt und durch unermüdliche Präsenz einzuschränken versuchen (s. Anne-Kristin Borszik zur Streitregelung in der Region Gabú).

Als Krisen können wir solche Situationen verstehen, da sie für die Betroffenen extreme Belastungssituationen darstellen, die schnelle Entscheidungen zum Handeln erfordern und ein Gefühl von Bedrohung sowie Angst vor dem oder Wut auf den Gegner auslösen; der Versuch ihrer Lösung findet häufig in einem als unsicher, wenig vorhersehbar wahrgenommenen rechtlichen Raum statt.

Warum solche Streitfälle und der Umgang mit ihnen zur individuellen, familiären, sozialen Krise werden können und wie die beteiligten Parteien versuchen, Unsicherheit zu begrenzen und den Gang durch rechtliche Institutionen vorhersehbarer zu machen, untersucht das kooperative

Forschungsprojekt „Local Strategies of Conflict Management in Guinea-Bissau“ in Kooperation zwischen der Universität Bayreuth/ Lehrstuhl Ethnologie Afrikas und dem Nationalen Forschungsinstitut Guinea-Bissau (INEP – Instituto Nacional de Estudos e Pesquisa). Das von der VolkswagenStiftung seit 2006 geförderte Projekt hat sich sowohl die Qualifizierung von Nachwuchswissenschaftlern als auch rechtsanthropologische Grundlagenforschung in Guinea-Bissau zum Ziel gesetzt. Seit 2008 qualifizieren sich vier Doktoranden im Rahmen der BIGSAS (Bayreuth International Graduate School of African Studies) sowie ein Masterstudent am Lissabonner ISCTE (Instituto Superior das Ciências do Trabalho e da Empresa).

Das Projekt steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Georg Klute (Universität Bayreuth) und wird in Bissau von den Projektkoordinatoren Dr. Birgit Embaló und Dr. Idrissa Embaló angeführt. Als Koordinatorin in Bayreuth ist Anne-Kristin Borszik tätig, und als Berater stehen Prof. Dieter Neubert (Universität Bayreuth) und Prof. Dr. Elísio Macamo (Universität Basel) dem Projekt zur Seite. Die insgesamt zwölf Mitarbeiter des Projekts, die aus unterschiedlichen Disziplinen der Sozial-, Kultur-, und Rechtswissenschaften kommen, führen Grundlagenforschung in verschiedenen Regionen Guinea-Bissaus zu den zentralen Fragestellungen des Projekts durch.

Ein unverzichtbares Konzept der Forschung in Guinea-Bissau ist „Rechtspluralismus“, im Allgemeinen verstanden als die Vielfalt von Rechtsinstitutionen, zwischen denen streitende Parteien frei wählen können. Ein neues Ergebnis ist, dass die

Abb 1: Rechtsstreit nach privater Vereinnahmung von Landbesitz einer Moschee in Gabú, Ost-Guinea-Bissau



und Konfliktlösung

Forschungsprojekt unter Professor Dr. Georg Klute

Freiheit der Wahl jedoch das Risiko birgt, den krisenhaften Charakter von Streitfällen und ihrer Lösung zu verstärken. Deshalb entscheiden sich Rechtssuchende aufgrund persönlicher Vorlieben, im Kontext historisch gewachsener Handhabe – beispielsweise die Kontinuität der Institutionenwahl seit der Kolonialzeit –, wegen bestehender familiärer oder anderer Vertrauensverhältnisse oder in Folge medial oder politisch erzeugter Erwartungen für spezifische Rechtsinstitutionen oder -vertreter. Für die Lösung von Rechtsstreitigkeiten scheint uns der Rückgriff auf kohärente, kodifizierte Rechtssysteme selbstverständlich zu sein. Die Analyse von konkreten Streitfällen in Guinea-Bissau zeigt jedoch, dass die Rechtswirklichkeit komplexer und vielschichtiger ist. „Modernes“, staatliches und ‚traditionelles‘, d.h. das Recht ethnischer Gruppen, sind nur zwei von vielen Bezugsrahmen, auf die sich streitende Parteien und Akteure in Rechtsinstitutionen beziehen. Wir haben daher auch Varianten wie den „individuellen Rechtspluralismus“ (Fodé A. Mané), das „prozessuale Recht“ (Sally Falk Moore) und das „personengebundene Recht“ (Klute, B. Embaló, Borszik, I. Embaló 2008) ausgemacht. Diese Varianten widersprechen in vielerlei Hinsicht dem Konzept des (kodifizierten) ‚Rechtssystems‘.

Reguläre Formen der Streitregelung, insbesondere für gewaltsam ausgetragene Konflikte, sind entscheidend für die Dauerhaftigkeit sozialer und politischer Ordnungen, so lautet eine zentrale These des Projektes.

Wir beobachten in Guinea-Bissau, dass Konflikte zunehmend gewaltsam ausgetragen werden und dass auch deren Lösung häufig von Gewalt begleitet ist. Welche Lösungen

bieten staatliche und nicht-staatliche Institutionen der Streitregelung für gewaltsame Konflikte? Kann ihre Intervention den gewaltsamen Charakter von Konflikten eindämmen? Wir gehen auch der Frage nach, ob die Gewaltbereitschaft im Rahmen aktueller Konflikte und deren Regelung mit a) dem spezifischen Wertesystem der politischen Elite (Gerhard Anders), b) divergierenden Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen oder c) Auswirkungen des historisch gewachsenen „Guerilla-Staats“ (Abdulai Jao), d.h. durch Gewalt erwirkte politische Veränderungen in der Geschichte Guinea-Bissaus – Krieg zwischen Königreichen in der Vorkolonialzeit, Unabhängigkeitskrieg, mehrere Putsche und Ermordungen hochrangiger Politiker und Militärs nach der Unabhängigkeit – in Zusammenhang steht.

Die Forschungen aller Projektmitarbeiter beschäftigen sich mit dem „Staat“. Finden wir in Guinea-Bissau einen ‚schwachen‘, ‚fassadenartigen‘ (Klute, B. Embaló, Borszik, I. Embaló), oder einen ‚abkömmlichen‘ (Bordonaro 2006) Staat vor? Oder haben wir es eher mit einer heterarchischen Ordnung (Bondarenko, Grinin, Korotayev 2004) zu tun, in welcher Entscheidungshierarchien oszillieren und verschiedene Machtgruppen miteinander konkurrieren? Welche Relevanz haben staatliche Institutionen – d.h. Gerichte und Polizei sowie lokale und nationale politische Institutionen – für die Lösung konkreter Streitfälle vom Ehestreit bis zum blutigen Kampf um Nutzland zwischen benachbarten Dörfern? In welchen Fällen geben streitende Parteien nichtstaatlichen Akteuren



Abb 2: Konfliktträchtiger Verkauf von Land an eine französische Tourismus-Agentur auf der Insel Rubane (Bijagós-Archipel).

wie ‚chiefs‘, religiösen Instanzen wie Imamen, Dorfältesten, Repräsentanten der Zivilgesellschaft oder Hellsehern den Vorzug, und unter welchen Bedingungen und mit welchen Erwartungen wenden sie sich an diese?

Obzwar von einem effektiven staatlichen Recht nicht gesprochen werden kann, deuten unsere Forschungsergebnisse doch darauf hin, dass der Staat in den Augen der streitenden Parteien in der Lösung von Konflikten die zentrale Referenz bleibt und nicht-staatliche Institutionen in den Augen mancher Rechtssuchenden sekundäre Optionen sind – auch wenn die Hinwendung an staatliche Rechtsinstitutionen oft nicht ohne Krisen verläuft. ■

Aktuelle Publikationen

Klute, Georg; Birgit Embaló, Anne-Kristin Borszik, A. Idrissa Embaló (eds.) 2008, *Experiências Locais de Gestão de Conflitos – Local Experiences of Conflict Management*, Soronda Especial, December 2008, Bissau: INEP.

Klute, Georg; Birgit Embaló, Anne-Kristin Borszik, A. Idrissa Embaló (eds.) 2010, *Violence and Non-State Local Conflict Management in West Africa and Beyond*, Conference Proceedings (Bissau, December 2008), Köln: Köppe (forthcoming).

[
 Weitere aktuelle Informationen zum Projekt finden Sie unter:
www.ias.uni-bayreuth.de/de/research/e_collaborative_projects/c_conflict_management_guinea-bissau/index.html
 INEP in Bissau: www.inep-bissau.org
]



Professor Dr. Jürgen E. Müller hat die Professur für Medienwissenschaft inne.

Krisen in den

– oder einige Gedanken zu medienwissenschaftlich-

1 Krisen in den Medien

Ein Blick auf die Geschichte der ‚alten‘ und ‚neuen‘ Medien führt uns vor Augen, dass Medien und so genannte „Krisen“ von Beginn an in engen und symbiotischen Beziehungen zueinander stehen. Berichte über Staatskrisen wurden in den frühen Hochkulturen und in der Antike nicht allein in mündlicher Form durch Boten, sondern auch in schriftlicher Form mittels Calculi oder Papyri bis in die letzten Winkel der damaligen Reichsgrenzen verbreitet und fanden sich als Geschichten von deren ‚Bewältigung‘ auf Triumphbögen und Siegestsäulen wieder.

Abb. 1: Triumphbogen des Marc Aurel in Rom (Detail)



Die Funktion dieser frühen (Schrift- und Bild-) Medien lag somit nicht allein in der häufig angeführten Abwicklung von Geschäften, Kommentaren zu religiösen oder staatsrelevanten Fragen, oder der Befehlsübermittlung, sondern auch in der Information über und der Reaktion auf krisenhafte Entwicklungen in den Bereichen von Gesellschaft, Klima, Landbau oder territorialen Ansprüchen. Die frühen Medien interagieren in komplexer Weise mit Krisen der frühen Hochkulturen und der Antike.

Selbst wenn die Kunst des Schreibens und Lesens über Jahrtausende nur einer ausgewählten sozialen Minderheit vorbehalten bleiben sollte, so lassen sich zahlreiche Spuren einer Verbindung von Krisen und Medien finden von der Antike, über das Mittelalter (z.B. im Falle der berühmten *Tapisserie de Bayeux*, die eine ikonisch-textuelle oder gar ‚filmische‘ Repräsentation der Krise der *Norman Conquest* mit dem Höhepunkt der *Battle of Hastings* leistet), über Luthers Thesen und Bibelübersetzung, die Wochenblätter des 17. und 18. Jahrhunderts mit ihren Berichten über politisch-militärische Umwälzungen, Verbrechen etc., bis zu dem (in Europa) mit den Alphabetisierungskampagnen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einhergehenden „Illustrierten Zeitschriften“ und deren Berichten über Kriege, Katastrophen, Unglücke, Zukunfts- und Bedrohungsszenarien der neuen Technologien und Verkehrsmittel. Diese Verzahnung von Krisen und medialen Berichten und Repräsentationen erfährt in den (analogen) audiovisuellen Medien des 19. und 20. Jahrhunderts und den digitalen Medien unserer Tage facettenreiche und



Abb. 3: Luther: Thesenanschlag an der Schlosskirche zu Wittenberg

komplexe Fortsetzungen, die im Zeitalter der Medienkonvergenz intermediale Blüten permanenter Remediationen bzw. Recyclings von Krisenberichten in Presse, Massenmedien und Internet treiben. Aus medienwissenschaftlicher Sicht wäre es viel versprechend, eine *vernetzte Geschichte der Krisendarstellungen in den Medien* zu schreiben, die über die Rekonstruktion einzelner und isolierter Medienereignisse, etwa des 11. September 2001, hinausginge; angesichts des Sachverhalts, dass wir mit diesem kleinen Artikel die Zielsetzung einer heuristischen Öffnung des Feldes „Medien und Krisen“ verfolgen, vertiefen wir diese Forschungs-



Abb. 2: Bayeux: La tapisserie de Bayeux (11. Jahrhundert)

Medien

transdisziplinären Annäherungen an Krisenberichte



Abb. 4: Zugunglück aus der französischen Zeitschrift Illustration, *L'accident de la gare de Montparnasse* (24.10.1895)

achse jedoch nicht weiter und klammern diesen Aspekt (im phänomenologischen Sinne) umgehend ein. Halten wir vorläufig fest: Berichte über Krisen sind eng mit der Geschichte der Medien – nicht allein im Sinne von deren Inhalten, sondern auch von deren ‚Materialitäten‘ verknüpft. Sie haben im digitalen Zeitalter einen enormen Beschleunigungsschub erfahren und neue Produktions- und Verbreitungsformen im World Wide Web gefunden – und dies nicht allein aufgrund der vor Jahrzehnten von McLuhan skizzierten Prozesse und medialen Optionen des *Global Village*, sondern auch aufgrund der neuen Formen der Generierung und der Abrufbarkeit von Informationen über krisenhafte Ereignisse (die ihrerseits immer häufiger von den ‚traditionellen‘ Massenmedien wie ‚dem Fernsehen‘ genutzt werden, wie wir etwa am Beispiel

der Twitter-Berichte zum Terroranschlag auf das Nobelhotel in Mumbai oder unlängst zu den Folgen des Vulkanausbruchs auf Island sehen und hören konnten). Die Formeln: „Crisis sells“ bzw. „Krisenberichte ziehen die Aufmerksamkeit der Rezipienten auf sich“, haben auch im digitalen Zeitalter des Web 2.0 nichts von ihrer Gültigkeit verloren und die bekannten vier „Ks“, Kriege, Katastrophen, Krisen, Krankheiten, erweisen sich auch heute noch als Garanten für die Aufmerksamkeit der Rezipienten mit Blick auf Print- und audiovisuelle Massenmedien sowie für die Aktivitäten der User des Internets. Bei allen Unterschieden in der zeichenhaften und medialen Ausgestaltung dieser Berichte sollten wir uns eines grundlegenden Sachverhalts bewusst bleiben: Krisen sind nur dann präsent, wenn sie *medial* vermittelt werden und so ins kollektive Bewusstsein und ins (bisweilen sehr kurz angelegte) Gedächtnis unserer Gesellschaften eindringen können. Ohne diese medialen Vermittlungsprozesse hätten sie (nahezu) keinerlei soziales Wirkungs- und Funktionspotential. Aus diesem Grunde erweist sich eine medien- und kulturwissenschaftliche Rekonstruktion von Krisen-Darstellungen als zentral für die Untersuchung von deren gesellschaftlichen Funktionen und kann als einer der vielen Belege für die wissenschaftliche und soziale Relevanz unseres Faches gewertet werden.

Bislang haben wir den Begriff „Krise“ mehr oder weniger im Sinne seiner alltagssprachlichen Denotationen und Konnotationen verwendet, ohne seine etymologischen, semantischen und funktionalen Di-

mensionen weiter auszuloten. Es empfiehlt sich daher, dies kurz nachzuholen und noch einen Blick auf einige ausgewählte Aspekte des ‚Krisenhaften‘ zu werfen.

2 Dimensionen des ‚Krisenhaften‘ – oder Krisen als mediale Syndrome

Der Terminus der „Krise“ als „entscheidende Wendung“ erfährt spätestens seit dem 16. Jahrhundert nicht allein im Französischen und im Feld der Medizin eine beständige konjunkturelle Entwicklung, die sich in unseren Tagen in Dutzenden von „Krisenszenarien“ manifestiert. Schien in den ersten Jahrzehnten seiner Verwendung der Aspekt einer positiven Entwicklung und einer Heilung mehr oder weniger explizit in seinen Denotations- und Konnotationshöfen präsent, so geriet dieser in jüngerer Zeit mehr oder weniger in den Hintergrund und wir erinnern uns nur noch selten (meist unter der Last eines großen sozialen oder persönlichen Drucks) an die *Chancen*, die sich aus „Krisen“ ergeben.

Aus medienwissenschaftlicher Sicht lässt sich mit Blick auf die Omnipräsenz des Begriffs und seiner zahlreichen Realisierungen in den vergangenen Jahren zweifellos eine inflationäre Tendenz feststellen, die parallel zu dessen permanenten Re-funktionalisierungen zu einer ‚Erosion‘ oder – mit Virilio gesprochen – zu einem *rasenden Stillstand* von Krisenerscheinungen führt. Die Verfallszeit medial repräsentierter Krisen hat sich enorm beschleunigt und es vergeht kaum eine Woche, in der wir in den Massenmedien und im

Krisen in den Medien

Internet nicht mit neuen „Krisen“ konfrontiert werden. Aktuell wäre dies die Krise der Luftfahrt als Folge des Ausbruchs des Eyjafjallajökull, die nun nach einigen Tagen der Medienhysterie in kritische Kommentare zu deren ‚wirklicher‘ Tragweite zu kippen scheint.¹ Staatskrisen, Gesellschaftskrisen, Kriegskrisen, Terrorkrisen, Umweltkrisen (die Krisen des „Waldsterbens“ oder des „Ozonlochs“ der 1980er Jahre sind – wie viele andere – inzwischen längst in Tiefenschichten des kollektiven Gedächtnisses abgetaucht und wurden durch andere Items ersetzt), Klimakrisen, Naturkatastrophen, Ölkrisen (die ebenfalls vergessen sind), Finanzkrisen, Technikrisen, Identitätskrisen, Rechtskrisen, Gesundheitskrisen, *Midlife Crises*, Geschlechterrollenkrisen, Beziehungskrisen etc. gehen mit mehr oder weniger professionellen Formen der medialen Aufbereitung und des medialen Krisenmanagements einher. Sie sind ein konstitutives Element zahlreicher Formate, deren Konturen zwischen „fake“ und „fiction“ oder ‚Nachricht‘ und ‚Illusion‘ oszillieren und erodieren. In einer medien- und kulturwissenschaftlichen Perspektive sollten wir unsere Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang nicht allein auf das Zusammenspiel von medialen Inhalten – oder genauer gesagt, von Krisenbildern und -tönen – mit Verfahren der Themenwahl und der medialen Umsetzung (dies auch im Sinne eines *gatekeeping* zur Steuerung der erwünschten oder unerwünschten Verbreitung bestimmter Themen) richten, sondern vor allem auf die Rekonstruktion des *Funktionspotentials* dieser medialen Reinszenierungen von Krisen. Die Erforschung der sozialen Funktionen von Krisendarstellungen in den Medien lässt sich Ziel führend allerdings nur in Form einer transdisziplinären Vernetzung verschiedener Forschungsachsen realisieren. Es gilt z.B. die Rolle bestimmter

Krisenszenarien für die Stabilisierung sozialer Identitäten herauszuarbeiten. Bin Laden, der ‚Krisenauslöser‘ und die nicht fassbare (phantomartige) ‚Verkörperung des Bösen‘ erschiene in diesem Licht als ein *mediales Konstrukt*, dessen ‚Wirkmächtigkeit‘ u.a. mit den ein- und ausgrenzenden Vorstellungen des ‚Wir und die Anderen/bzw. der Andere‘ operiert. In einer historischen Perspektive wäre er ein Phänomen, welches die seit langem bestehende Tradition der Funktionalisierung des Fantastischen in Literatur und Film (etwa in der Gestalt des Fantômas zu Beginn des 20. Jahrhunderts) fortsetzt. Diese Untersuchungen medial inszenierter Krisen und von Krisen-Protagonisten führten uns zudem zu den Querverbindungen von deren intermedialen Repräsentationen und der sozialen Funktionen (alter?) gesellschaftlicher Mythen, welche durch die Medien – in mehr oder weniger effektiver Weise – immer wieder neue Nahrung erhalten. Die ‚Sehrohstoffe von Krisen und Katastrophen‘ sind der Nährboden für Aufmerksamkeiten von Rezipienten und (aktiven) Usern des Web 2.0. Sie spielen auf Ohnmachtserfahrungen gegenüber dem Anderen, der Natur und der Technik sowie auf verdrängte und tief sitzende Ängste ein. Trotz aller Beschleunigungs- und Abnutzungseffekte dieser permanenten Berieselung mit Krisenszenarien durch die ‚alten und neuen‘ Medien besitzen Krisen offenbar immer noch einen hohen Stellenwert in unserer Ökonomie der Aufmerksamkeit. Daran scheint auch die Tatsache nichts zu ändern, dass sich in den vergangenen Jahren bestimmte Bilder aus Krisengebieten als mehr oder weniger austauschbar erwiesen haben. Bildern aus Bagdad oder Kabul können wir – ohne entsprechenden Kommentar oder ohne Bildunterschriften – schon seit langem keine aktuellen Datierungen mehr zuschreiben. Sie

sind audiovisuelle Wiedergänger. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass sich Terroristen und andere ‚Gewalt-Bilder produzierende Instanzen‘ dieser Mechanismen nicht erst seit dem 11. September bewusst sind und gezielt das Zusammenspiel zwischen medialen, gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen, ideologischen und mythologischen Faktoren für ihre Zwecke nutzen. Die Erforschung der gesellschaftlichen Funktionen der medialen Produktion von „Krisen“ und des „Krieges der Bilder“ erweisen sich daher als ein genuines Forschungsfeld der Medienwissenschaft und benachbarter Disziplinen. Folgen wir nun dieser Spur anhand einer exemplarischen Krise.

3 Die Klima-Krise – ein Fallbeispiel

Ein Blick auf die Google-Items „Klimakrise“ oder „Klimakatastrophe“ vermittelt uns einen ersten Eindruck von der medialen Präsenz dieses Krisenszenarios in unseren Gesellschaften. Wir können dort gegenwärtig – je nach terminologischer Akzentsetzung auf „Klimakrise“ oder „Klimakatastrophe“ – ca. 90.000 oder 180.000 Textbeiträge und bei Bild- und Filmbeispielen ca. 700.000 oder 250.000 Einträge finden. Allein diese Zahlen verdeutlichen, welche Macht wir heutzutage Krisen-Kommentaren und (in sehr viel stärkerer Weise) Krisen-Bildern zuschreiben haben. Diese Texte und Bilder erweisen sich häufig als Remediationen aus den Print- oder den (audiovisuellen) Massenmedien. Sie setzen somit den globalen Krisendiskurs im Netz fort und konstituieren trotz durchaus vorhandener (medien-)kritischer Einträge (ca. 7.000 zur „abgesagten Klimakatastrophe“ oder ca. 350.000 zur „Lüge der Medienklimakatastrophe“) ein mehr oder weniger dominant bestätigendes und ideologisch ‚kohärent zu nutzendes‘

¹⁾ Nach dem Abschluss der Arbeiten an diesem Artikel ist in Bezug auf den medialen Umgang mit dem Ausbruch des Eyjafjallajökull das seltene – und durchaus wünschenswerte – Phänomen einer selbstreflexiven und kritischen Bestandsaufnahme festzustellen, das sich z.B. im Focus-Titel „Nur Staub aufgewirbelt? Der Mensch zwischen Angst und Hysterie. Die Vulkan-Bilanz“ manifestiert. Die „Vulkan-Krise“ wurde inzwischen von der „Griechenland-Finanz-Krise“ und der „Ölkrise“ (im ‚neueren‘ Sinne einer „Ölpest“) im Golf von Mexiko abgelöst.

diskursives System. Das Verhältnis zwischen dem Web 2.0 und den Massenmedien gestaltet sich indes durchaus reziprok, denn letztere recyceln ihrerseits Einträge oder Videos des Internets. Die durchaus nicht abwegig scheinende Frage, ob die Klimakatastrophe nicht eher als eine „Medienklimakatastrophe“ zu werten wäre, wird allerdings – wenn überhaupt – nur in kleinen und marginalen Zirkeln geäußert, falls nicht bereits zuvor Sorge getragen wurde, derartige Kommentare aus den Medien oder aus dem Netz zu verdrängen. In diesen Tagen erleben wir, wie etwa die Vulkanwolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull in eine mediale „Monsterwolke“ mutiert, die den „Sommer in einem Ascheregen baden gehen lässt“. Aus medienwissenschaftlicher Sicht können und sollten wir die Ergebnisse und Prognosen der Vulkan- und Klimaforschung selbstverständlich nicht in Frage stellen, die Prozesse des *medialen Umgangs* mit diesen Ergebnissen und deren *Vermittlung* (inklusive deren potentieller soziale Funktionen) erweisen sich indes als ein genuines Feld unserer Disziplin.

Lassen Sie uns daher einen kleinen Parcours durch den Fächer möglicher medienwissenschaftlich-transdisziplinärer Forschungsachsen unternehmen.

- Klimakrise(n), Meinungsmache und das Streben nach Meinungsführung

Durch alle ‚Medienkrisengeschichten‘ (die, wie wir im übernächsten Abschnitt sehen werden, durchaus in enger Verbindung zu Krisen der Medien stehen können) zieht sich das Streben nach Einflussnahmen und – potentiell – monokausalen ‚Erklärungsmustern‘. In gewisser Weise ist diesen Geschichten (im doppelten Sinne als Narrationen und Historien) diese Tendenz inhärent, sollen sie doch komplexe, überraschende, den Horizont unserer sozialen, kulturellen, politischen, technologischen, wissenschaftlichen etc.

Erfahrungen sprengende, Entwicklungen oder Ereignisse in einen ‚vertrauten und emotionalisierenden Rahmen‘ zurück binden und deren Komplexität reduzieren. Diese Tendenz wird seit einiger Zeit noch durch den so genannten Digitalisierungsschub von Nachrichtensendungen verstärkt, in denen wir nun häufig digital animierte Graphiken etc. vorgeführt bekommen. Um zusätzliche Irritationspotentiale auszuschließen, ergeben sich für die Krisenberichterstattung aus diesem Prozess quasi zwangsläufig Tendenzen zur Monopolbildung und zur Vereindeutigung komplexer Prozesse. Diese Tendenzen sind in unseren institutionell hoch ausdifferenzierten Gesellschaften unausweichlich an spezifische soziale, ökonomische, politische, ideologische und Interessen und Wissenssysteme (im Sinne der Wissenssoziologie) gebunden. Im Falle der Klimakrise oder -katastrophe lassen sich diese etwa an den unterschiedlichen Reaktionen zu mehr oder weniger validen und nachprüfbareren Berichten und Szenarios festmachen, wie wir sie etwa vom Klimarat der Uno, vom IPPC (dem *Intergovernmental Panel on Climate Change*) und anderen Experten-Institutionen erhalten. Wir können ein mediales Ringen um die Meinungsführerschaft feststellen, bei dem kritische Stimmen längst mit einem ideologischen Stigma belegt zu sein scheinen, Schülerkohorten flächendeckend zu Pflichtbesuchen von Al Gores medial inszeniertem Horrorszenerario ins Kino geschickt werden und diese Medien-Klimakatastrophe und potentiellen ‚Lösungsvorschläge‘ auf allen Ebenen unseres edukativen Systems vom Kindergarten bis in die Hörsäle nachhallen. Die Klimakatastrophe und deren Folgen werden in diesem Sinne zu einem medial konstituierten und abgesicherten ‚factum‘, bei dem Expertenwissen nur sehr begrenzt Gehör finden kann. Aus medien- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht scheint in diesem Zusammenhang vor allem der Fak-

tor des so genannten ‚gatekeeping‘ erwähnenswert, mit dem wir uns nun kurz befassen wollen.

- Gatekeeper – oder wer steuert die mediale Präsenz der Klimakatastrophe?

Selbst wenn Lewin, White und andere dieses Konzept vor mehr als sieben Jahrzehnten entwickelt und vorgestellt haben, so scheint es als Grundprinzip auch im Zeitalter des Web 2.0 seine Relevanz (noch?) nicht eingebüßt zu haben. Grob gesagt, umschreibt es den Sachverhalt, dass in unseren Mediengesellschaften eine Reihe von sozialen Instanzen, oder wenn wir so wollen, Funktionsträgern die Entscheidungsgewalt über die Verbreitung bestimmter Informationen und damit über die Präsenz von Themen und Inhalten im kollektiven Bewusstsein und Imaginären haben. Im Falle der Massenmedien wären zweifellos Redaktionsleiter und andere ‚hohe Funktionäre‘ dieser Medien zu nennen, die derartige Meinungstrends zu setzen verstehen.

Das Internet hat sich trotz der ihm – besonders in seiner Anfangsphase – zugeschriebenen ‚demokratisierenden Tendenzen‘ diesen Einflussnahmen nicht völlig entziehen können, es recycelt in vielschichtigen Loops massenmedial produzierte Inhalte und hat nur einen begrenzten ‚Spiel‘-Raum zur medienkritischen Relativierung der gesetzten Trends. Nichtsdestoweniger ergeben sich in unseren Zeiten der medialen Vernetzung einige Optionen der Relativierung oder des Unterlaufens der veröffentlichten Meinung durch Netzformate und alternative Sites.

Abu Ghuraib und die über Mobiltelefone und das Internet ins öffentliche Interesse verrückten ‚privaten‘ (von den Gatekeepern und Machthabern zu verhindernden) Bilder und Informationen können in gewisser Weise als Beispiel für Prozesse der medialen Auseinandersetzung mit der Klimakatastrophe gelten. Die Informationen über un-

Krisen in den Medien

seriöse Einflussnahmen auf Forscher und deren Ergebnisse stammen, wie im Falle der Datenpublikation der Klimaforscher oder der Berechnung der Abschmelzdaten der Himalaya-Gletscher, primär aus Netz-Quellen, die *nicht* im direkten Einflussbereich der Gatekeeper lagen. So gesehen, können wir – bei allen Bestrebungen auch von Verlagshäusern zur multimedialen Kopplung von Informationen und Nachrichten – dem Internet im Zeitalter der Medienkonvergenz eine gewisse medienkritische und korrektive Funktion nicht absprechen. Halten wir vorläufig fest: Mediale Krisenszenarien nähren sich aus der Unterdrückung und der Propagierung von spezifischen Informationen und Geschichten und sind auch heute noch entscheidend von den Einflussnahmen sowie politischen, sozialen, ökonomischen und ideologischen Interessen der Gatekeeper geprägt. Dies gilt selbstverständlich auch für die so genannte Klimakrise.



Abb. 5: Kanzlerin Merkel vor grönländischen Eisbergen

- Soziales Gedächtnis – Verfallzeiten der Erinnerung

Bislang haben wir die historische Dimension von Krisen eher implizit angesprochen. Im Rahmen unseres kleinen *tour d'horizon* empfiehlt sich daher noch ein ‚Exkurs‘ zu diesem Aspekt der medialen Repräsentation der Klimakrise und anderer Krisen.

Historische Faktoren scheinen in diesem Zusammenhang eine doppelte Relevanz zu besitzen. Zum einen mit Blick auf die in den Klimarekonstruktionen und -progno-

sen angesetzten historischen Zeitfenster (selbstverständlich auch mit Blick auf die Erhebungsorte und -verfahren der zu Statistiken zusammengefassten Daten), zum anderen mit Blick auf die Präsenz dieser Befunde, Daten oder ‚Krisengeschichten‘ im Funktions-Gedächtnis unserer Gesellschaften.

Einem Medienwissenschaftler und klimatologischen Laien fällt auf, dass die konstruierten und medial zirkulierenden Entwicklungslinien der Erd- und Klimaerwärmung bzw. der berühmte ‚Hockeyschläger‘ mit dem deutlich sichtbaren, graphisch und ikonisch repräsentierten, steilen Temperaturanstieg seit dem Zeitalter der industriellen Revolution, unter Berücksichtigung *anderer* historischer ‚Daten‘ oder ‚Fakten‘ einen deutlich *anderen* Verlauf nehmen würden. In den Medien findet allerdings nahezu keine Diskussion der wissenschaftlichen, historischen und ikonologischen Prämissen dieser Darstellungen statt. Sie haben gemeinhin den Status unhinterfragbarer wissenschaftlicher Axiome und adäquater bildhafter Umsetzungen. In einer historischen Forschungsachse sollten und müssten wir uns gerade als Medienwissenschaftler fragen, warum bestimmte Phänomene keine Erwähnung finden, etwa die der Warmzeit des Mittelalters, die Besiedlung Grönlands („Grönlands“, das im 12. Jahrhundert einen Bistumssitz für eine beachtlich große Bevölkerung hatte und in den heutigen Medien-Bildern auf kahle Felsen und abschmelzendes ‚ewiges‘ Eis fixiert wird), die Höhenmarken von Korallenriffen auf Karibikinseln (etwa auf Bonaire, aus denen hervorgeht, dass sich der Meeresspiegel in den vergangenen sechs Jahrtausenden um ca. sechs Meter gesenkt haben dürfte – und dies in einer Geschwindigkeit, die sich nicht fundamental von den weniger dramatisch gehaltenen Prognosen für den Anstieg des Meeresspiegels in den kommenden Jahrzehnten oder Jahrhunderten unterscheiden dürfte).

Mit anderen Worten, diese Ge-

schichten werden von den Massenmedien entweder ‚vergessen‘, als lästige und zu vernachlässigende Störfaktoren betrachtet, oder gar von Gatekeepern ‚eliminiert‘.

Ähnlich verhält es sich mit der medialen Repräsentation zentraler inhaltlicher Elemente der Klimakrise und -katastrophe. Die Geschichten über das Waldsterben oder das Ozonloch sind in den vergangenen Jahren klammheimlich von der medialen Agenda verschwunden und wurden durch andere Elemente ersetzt, die nun die Funktion der Stimulation von (Ur-?) Ängsten oder ideologischen Klammern erfüllen, wobei eine kritisch-rationale Distanzierung in den Medien völlig inopportun scheint. Aus medien- und gesellschaftshistorischer Sicht lässt sich prognostizieren, dass nach dem Erreichen eines gewissen ‚Sättigungsgrades‘ (sowohl politisch-institutioneller, aber auch sozial-kultureller Art) die gegenwärtig hoch gehandelten Aspekte, etwa des Anstiegens des Meeresspiegels durch andere ersetzt werden dürften. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass sich die in den Medien zirkulierenden Elemente zwar als austauschbar erweisen, die daran geknüpften Funktionen im Funktionsgedächtnis unserer Gesellschaften jedoch erhalten bleiben dürften. Anders gesagt, diese Aspekte erfahren eine schnelle Sedimentierung in den hinteren und fernen Ecken unseres Speichergedächtnisses, wobei sich die Zyklen dieser Umschichtungsprozesse immer stärker zu beschleunigen scheinen. Von den Medien- und Kulturwissenschaften werden diese medial gesteuerten Prozesse des kollektiven Gedächtnisses und des kollektiven Imaginären im Zusammenhang mit der Klimakrise leider immer noch nicht hinreichend zur Kenntnis genommen.

Dieser Prozess ist zweifellos sehr eng mit der Macht der Bilder und dem unstillbaren Hunger von nahezu allen sozialen Gruppen unserer Gesellschaften nach ‚neuen‘ Bildern verknüpft. Eventuelle Widersprüche zwischen den Bildern und Krisen-

szenarien werden dabei in der Regel ausgeklammert – wie wir es in diesen Tagen am Beispiel der „dunklen Wolken“ des isländischen Vulkans erleben, die nicht allein den Flugverkehr lahm legen, sondern – wie alle Vulkanausbrüche – auch zu einer mehr oder weniger spürbaren und zeitlich begrenzten Temperatursenkung führen dürften, die von den Medien dann allerdings als kurzfristige „Wetterveränderung“ bezeichnet wird.



Abb. 6: Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjalla 14.4.2010

In den audiovisuellen Medien besitzen emotionalisierende Funktionalisierungsoptionen und daran geknüpfte denotative und konnotative sowie emblematische ‚Ladungen‘ dieser Bilder einen absoluten Vorrang vor eventuellen ‚populär-wissenschaftlichen‘ Erklärungs-Potentialen. Die Medien und offensichtlich auch wir als Zuschauer oder User fordern ‚packende‘, ‚komplexitätsreduzierende‘ Bilder. Daher empfiehlt sich noch ein kurzer Blick auf die Inszenierungen dieser Bilder.

- Klimakrise und die Macht der Bilder

Im Zeitalter der audiovisuellen Massenmedien und des Internets sind uns Krisen in der Regel erst dann präsent, wenn sie als „Bilder“ (begleitet von signifikanten „Tönen“) Eingang in das kollektive Bewusstsein und Imaginäre finden oder gefunden haben. Wir kennen die Ikonen dieser Krisen, bei der letzten Finanzkrise etwa die private Habseligkeiten im Karton transportierenden entlassenen Lehmann Bro-

thers Mitarbeiter, bei der Irakkrise im Zusammenhang mit Abu Ghuraib die Folterszenen aus dem amerikanischen Gefängnis, bei der Gesundheitskrise bzw. Schweingrippe die Gesichtsschutz tragenden Menschenmassen in Mexiko oder Patienten auf der Intensivstation und im Falle der Klimakrise Flutwellen auf Pazifikinseln, Politiker vor kalbenden grönländischen Gletschern oder Eisbären auf dünnen Eisschollen der Hudson Bay.



Abb. 7: ‚Der letzte Eisbär‘

Diese Bilder sollen auf der Grundlage spezifischer Wirkmuster (die denen der Werbung übrigens nicht ganz unähnlich sind) eine enge Verbindung zwischen ihren zeichenhaften Strukturen und Emotionalisierungen beim Rezipienten erreichen. Dieser Sachverhalt muss selbstverständlich nicht bedeuten, dass sie in allen Fällen zielgerichtet konstruiert wurden. In der Geschichte der Krisen- und Katastrophenbilder kennen wir zahlreiche Beispiele für Bilder, die ‚zufällig‘ entstanden (wie die von Abu Ghuraib) und erst im Anschluss an diese zufällige Entstehung und durch ihre Entdeckung von Medienagenten ihre Wirkung in den Netzwerken der Massenmedien und des Internets entfalteteten. In diesem Zusammenhang muss selbstverständlich der Bedrohungsgrad der Krise nicht mit den Reaktionen auf die Bilder korrelieren, wie wir z.B. aus den geradezu hysterischen Reaktionen auf die Gesundheitskrise der Schweingrippe (die im Laufe der vergan-

genen Monate dann stillschweigend ‚heruntergefahren‘ wurden) und den relativ besonnenen Reaktionen auf die Bilder der weltweiten Finanzkrise ersehen können, wobei in beiden Fällen – wie auch bei der Klimakrise – politische und soziale Faktoren eine wichtige Rolle spielen und gespielt haben.

Generell ist festzuhalten, dass auch die Klimakrise einen großen Bedarf nach geeigneten Bildern – etwa der verhandelnden, ‚überfluteten‘ fiktiven Politiker in einem Wasserbassin als Aktion von Greenpeace-Aktivisten im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz –, nach Tsunamis und Wirbelstürmen hat. Dieser Bedarf manifestiert sich in Form von ‚Belegen‘ für die Richtigkeit der zentralen Thesen nicht zuletzt in den Hunderttausenden von Bildern und Videos im Internet. ‚Wirklichkeiten‘ und ‚Krisen‘ sind uns heutzutage – mit Baudrillard gesprochen – primär als medial vermittelte präsent. Trotz aller derzeit gerne in modischer Weise geäußerten Zweifel am ‚Wahrheitscharakter‘ von Krisengeschichten, verfügen geeignete Medien-Bilder immer noch über die Macht als Garanten für den ‚Realitätswert‘ der Krisen-Nachrichten zu stehen. Daran haben auch die – im wahrsten Sinne des Wortes – Vogel- oder Enten-Bilder des ersten Irakkriegs, als die fingierte Nachricht eines ölverschmierten und verendenden Vogels im Persischen Golf für Saddam Husseins ‚schmutzigen‘ Krieg und seine gezielte Öffnung von Ölquel-



Abb. 8: Ölverschmierter Vogel

len zur Vernichtung der Umwelt und des Gegners diente, nichts geändert. Das Wissen um die Möglichkeiten der virtuellen Konstruktion oder Veränderung von Bildern hat deren emotionale Auswirkung auf unser Bewusstsein nur bedingt modifiziert

Krisen in den Medien

oder gar eingeschränkt. Für Psychologen erwies sich vermutlich die Frage nach möglichen Gründen für diese Beobachtung als relevant. Für Medienwissenschaftler stehen indes die *mises en image* der (Klima-)Krisen, deren zeichenhafte Konstruktion in Relation zu deren (intendierten oder nicht intendierten) Wirkungsmöglichkeiten im Zentrum des Forschungsinteresses. Es gilt, Wirkungsmechanismen dieser Krisen-Bilder in bestimmten Feldern aufzuzeigen und in fächerübergreifenden Projekten das Zusammenwirken verschiedener medialer, ikonologischer, sozialer, politischer, rechtlicher, ökonomischer und technologischer Faktoren zu rekonstruieren.

Ein Sachverhalt und Prozess, den wir bislang nur implizit angesprochen haben, sollte in diesem Zusammenhang ebenfalls berücksichtigt werden, das Phänomen der Medienkonvergenz und des medialen Umgangs mit Krisen, dem – nach einem Exkurs zur Ökonomisierung der Klimakrise – ein weiteres Sub-Kapitel gewidmet sein wird.

- Mediale Pan-Ökonomisierung der Klimakrise und ‚Weltoffenheit‘ des Menschen

Wie bereits eingangs erwähnt, sind die Berichte in den Medien zur Klimakrise von zahlreichen, nicht zuletzt ökonomischen, Interessen geprägt.² Diese Interessen umfassen ein breites Spektrum zwischen politisch gewünschten finanziellen Förderungen spezifischer Umwelt- und Energieprogramme oder spezifischer Institutionen im technologischen Bereich und der ‚konkreten Wertschöpfung‘ aus Meldungen zur Klimakatastrophe. Berechnungen zu den Folgekosten der Klimaerwärmung liegen uns in zahlreichen – in die Billionen Euros gehenden – Varianten vor. Aus medienwissenschaftlicher Sicht dürften wir uns selbstverständlich nicht eine Einschätzung der (volks-) wirtschaftlichen Stimmigkeit dieser Berech-

nungen anmaßen, allerdings doch eine Randbemerkung zu diesen Pan-Ökonomisierungstendenzen der Klimakrise äußern.

Diese von und in den Massenmedien lancierten Berechnungen werfen ein Licht auf das Zusammenspiel zwischen ‚Medien und Märkten‘ und – wenn wir so wollen – auf die zentrale Rolle, welche die so genannten ökonomischen ‚Fakten‘ in den Diskursen unserer industrialisierten und vernetzten Gesellschaften spielen. Sie implizieren einerseits den Wunsch nach Fixierung eines ‚gesellschaftlich-klimatischen Status quo‘, andererseits den Wunsch nach einer Komplexitäts-Reduktion von Klimaveränderungen in eine rein ökonomische Dimension und eröffnen somit für das breitere, in der Regel uninformierte, Publikum ein zusätzliches Bedrohungs- oder Angstpotential, das auf unser monetär-materielles Stabilitätsbedürfnis anspielt. Konfrontieren wir diesen Mechanismus mit der dem Menschen – von Plessner und anderen Vertretern der philosophischen Anthropologie – zugeschriebenen ‚Weltoffenheit‘, oder anders gesagt, seinem Vermögen, sich jeweils neu auf veränderte geographische und klimatische Bedingungen einzustellen (die z.B. nach der zunehmenden Austrocknung der ‚Grünen Sahara‘ vor ca. 7.300 Jahren vermutlich zur Auswanderung seiner Bevölkerung ins Niltal und zur kulturellen Bereicherung der ägyptischen Hochkultur führte), dann wird deutlich, dass so genannte Berechnungen der Kosten der Klimakrise von den Medien (oder deren Gatekeepern) in den allermeisten Fällen zu einer Verstärkung der emotionalisierenden Wirkungen des Klimakrisendiskurses verwendet werden. Eine sachliche Konfrontation der potentiellen ökonomischen Folgen mit grundlegenden Kategorien menschlicher Existenz, etwa der ‚Weltoffenheit‘ und deren Risiken und Chancen, unterbleibt aus leicht nachvollziehbaren ideologisch-ökonomischen Gründen.

4 Krisen, Medienkonkurrenz und Medienkonvergenz

In unserem ‚digitalen‘ Zeitalter stellt sich die Frage nach den *Beziehungen und Interaktionen zwischen den Medien* nicht allein für Vertreter der medienwissenschaftlichen ‚Zunft‘. Informatik, Geschichts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sind ebenfalls in vielfältiger Weise mit diesen Prozessen und Phänomenen konfrontiert und befassen sich an der Universität Bayreuth – in Kooperation mit der Medienwissenschaft – im Rahmen von bereits bestehenden und noch weiter zu differenzierenden Projekten mit diesen komplexen Prozessen. Auf den ersten Blick scheint eine Verbindung von ‚Krisen‘ und Medienkonkurrenz oder Medienkonvergenz weit hergeholt zu sein, auf den zweiten Blick stellt sich dieser Sachverhalt jedoch völlig anders dar.

Wenn der berühmte französische Soziologe und Sozialphilosoph Bourdieu in den 1990er Jahren auf die Konkurrenz von Presse und Fernsehen mit Blick auf die Nachrichtenberichterstattung und insbesondere auf die Rolle des ‚scoop‘, der ‚breaking news‘, verweist, so indiziert er damit ein Spannungsverhältnis zwischen den Medien, welches im vergangenen Jahrzehnt mit der rapiden Entwicklung des Internets und seiner medialen Möglichkeiten entscheidend bereichert und modifiziert wurde (und auch heute noch wird). Vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten vier ‚Ks‘ der Katastrophen und des Mottos ‚bad news are good news‘ profitieren selbstverständlich alle aktuellen Massenmedien und das Internet immer noch von diesem Grundprinzip ‚medialer Wertschöpfung‘, allerdings haben sich eine Reihe von Verschiebungen ergeben, die wir sehr deutlich anhand der multi- und intermedialen Krisenberichterstattung ersehen können. Bis in die 1990er Jahre wurde das Ringen um die ‚erste‘ oder ‚schnellste‘ Nachricht zumeist zwischen der Presse, dem Hörfunk und dem Fern-

²⁾ Wobei es sinnvoll schiene, das Konzept der ‚Ökonomie‘ im Spannungsfeld zwischen Volks- und Betriebswirtschaft sowie ‚neuen‘ Medienökonomien anzusiedeln.

sehen ausgefochten, wobei sich die Tagespresse aufgrund der spezifischen technologisch-medialen Gegebenheiten von Radio und TV unter Aktualitätsgesichtspunkten schon bald als ‚Verlierer‘ des Rennens um „breaking news“ von Krisen aller Art (auch von so genannten Erscheinungen oder Folgen der Klimakrise) erwies. Hatten sich die Print- und AV-Medien entsprechend ihren technologischen und medialen Profilen auf ihre besonderen Möglichkeiten konzentriert (für erstere eher der vertiefende Nachrichtenhintergrund und Kommentar, für letztere eher die aktuelle (live-) Berichterstattung) so ergeben sich durch das Internet völlig neue Optionen für die Krisenberichterstattung, die sich auf das ‚traditionelle‘ Mediengefüge auswirken. Plattformen, Twitter-Kreise ‚vor Ort‘, Blogs etc. produzieren eine unüberschaubare Fülle von ‚Amateur‘-Nachrichten, die einerseits in vielfältiger Weise auf Meldungen der Massenmedien Bezug nehmen (können), andererseits selbst zum Nachrichtenitem der ‚alten‘ Medien werden (können).

An diese Krisen-Berichte, die wir tagtäglich im Netz über Natur- ebenso wie über politische Katastrophen vorfinden, lassen sich selbstverständlich nicht die Maßstäbe eines seriösen Journalismus anlegen, nichtsdestoweniger gewinnen sie einen immer stärkeren Einfluss auf Krisen-Bilder und Krisen-Geschichten. Dieser Einfluss resultiert nicht allein aus den von den meisten großen Medienhäusern gewünschten Synergieeffekten medialer Konvergenzen (die zwar nicht, wie oftmals angenommen, problemlos zu realisieren sind und gleichsam automatisch zu einer profitableren Nachrichtenübermittlung führen werden), sondern aus den unzähligen Remediationen, Recyclings von Krisenmeldungen im Netz. Die zweifellos gegebene Brisanz mancher dieser Meldungen lässt sich an den Bemühungen mehr oder weniger totalitärer Regime ablesen, bestimmte Bereiche des Internets, die (politische, soziale, ökologische) Krisenmeldun-

gen enthalten, zu kontrollieren oder zu eliminieren. Die Beschleunigung der Krisen-Nachrichten und der Entwicklung der Netzstrukturen lässt dieses Kontrollunterfangen indes oftmals scheitern.

Die durch das Internet erfolgte Beschleunigung der Verbreitung von Krisen-Nachrichten führt uns im Zusammenspiel mit der so genannten Medienkonvergenz zu weiteren medienwissenschaftlich-transdisziplinären Frageachsen, die wir in den Feldern der technologischen Entwicklungen (d.h. von Hard- und Software und sozialen Nutzungsformen), der historischen Ausdifferenzierungen (bestimmter medialer ‚Profile‘) der Ökonomie der Krisenverwertung (‚quer‘ durch ‚konvergente‘ Medien), der Medien- und Verwertungsrechte von Krisen-Bildern, -Tönen und Texten, der medialen Interaktionen und der sozialen Funktionen vernetzter Krisenrepräsentationen zu realisieren hätten. Mediale Inszenierungen von „Krisen“ wären in diesem Sinne ein relevantes Forschungsfeld, das selbstverständlich auch den Bereich der Sport-Medien einschliesse (um auf einen weiteren medienbezogenen Forschungsschwerpunkt der Universität Bayreuth hinzuweisen).

5 Krisen in den Medien, Krisen der Medien, Wege aus den Medien-Krisen

Die vorangehenden Aphorismen sollten unsere Aufmerksamkeit auf das Zusammenspiel von ‚realen‘ Krisen und ‚medialen‘ Konstruktionen und dessen vielschichtige Dimensionen richten. Medien profitieren von Krisen, Medien schaffen Krisen und die Rezipienten/User lassen sich immer wieder auf die medialen Krisenszenarien ein. Die Inflation von Krisen bedingt eine Beschleunigung des *déjà-vu* oder Wiedergänger-Effekts von Bildern und Kommentaren, die wir bereits Hunderte von Male gesehen, gehört und gelesen zu haben glauben. In der Wiederholung verschieben diese (Kriegs- und?) Krisen-Bilder (insbesondere gerne

bei den so genannten privaten Sendeanstalten) unmerklich die Grenzen des Zeigbaren, so dass manche Vertreter der Medienwissenschaft diesen Prozess bereits mit einer Zunahme der ‚Pornographie von Gewaltdarstellungen‘ in Verbindung bringen. Trotz ihrer permanenten Redundanzen und *outrances* hat der Wirkmechanismus dieser krisenhaften Darstellungen auch im Zeitalter des Web 2.0 und der intermedialen Vernetzungen offensichtlich nichts von seiner Kraft eingebüsst. Aufgrund bestimmter grundlegender psychischer Dispositionen scheinen Produzenten und Rezipienten immer wieder bereit, sich von ‚neuen‘ audiovisuellen Krisenszenarien fesseln und beunruhigen zu lassen, um den ‚Kitzel des Anderen, des potentiell Zerstörerischen und Monströsen‘ lustvoll zu erfahren. Die Inhalte dieser Szenarien sind dabei relativ variabel, und die medialen, psychischen, sozialen, ökonomischen, ideologischen, politischen Funktionsmuster relativ konstant. Mit anderen Worten, die Aufmachung oder Verpackung der Krisenmeldungen erweist sich in der Regel als entscheidender als deren ‚Inhalt‘.

Die bereits konstatierte Beschleunigung dieser Prozesse und der Verfallszeiten von Krisen kann in gewisser Weise auch als Indiz für die so genannte *Krise der Medien* gedeutet werden. Seit mehr als vier Jahrzehnten zieht sich durch den Diskurs der Presselandschaft die Rede vom „Pressesterben“, vom „Untergang der Tageszeitungen“ oder neuerdings die reißerische, im medienwissenschaftlichen Kontext allerdings obsoletе Frage nach dem „Wer frisst wen in der digitalen Gesellschaft?“, um den selbsternannten ‚Experten‘ für das Internet und für digitale Medien, Schirmmacher, zu zitieren. Dieser Diskurs zur Medienkrise bildet (übrigens durchaus vergleichbar zur jahrzehntelang postulierten Krise der „Filmwissenschaft“) den Ausgangspunkt für tatsächliche oder suggerierte ‚positive‘ oder ‚neue‘ Entwicklungstendenzen, die in unseren Tagen ihren Ausdruck so-

Krisen in den Medien

wohl in relativierenden Äußerungen der Zeitungsverleger wie z.B. „wir können nicht von einer echten Medienkrise sprechen“ (wobei sich natürlich die Frage aufdrängt, was wir unter einer „echten“ Krise in Relation zu einer „unechten“ Krise zu verstehen hätten) als auch neuen multi-medialen Geschäftsmodellen finden, bei denen Tageszeitungen neue Kooperationsformen mit Internetprovidern suchen und verstärkt audiovisuelle Präsenz im Netz zeigen. „Paid Content“ soll derzeit durch Applikationen des mobilen Internets und mobile Endgeräte wie iPods oder iPads zur akzeptierten Form der Internetnutzung und damit zum ökonomischen Rettungsanker der darbenenden Printmedien werden. Mit Blick auf unser Thema der Krisenberichterstattung in den Medien ist festzuhalten, dass die bisweilen verzweifelte Suche nach ‚neuen‘ Krisenthemen, die von der Konkurrenz noch nicht völlig ausgeschlachtet sind und (noch) ökonomischen Profit (auch im Sinne der eingangs angesprochenen Ökonomie der Aufmerksamkeit) versprechen, zu kurzfristig angelegten Krisen-‚Bewältigungs‘-Mechanismen führt, die ihren Niederschlag bereits in Begriffen wie „Medienklimakrise“ gefunden haben. Der Terminus der „Medienklimakrise“ verweist somit deutlich auf den aktuellen Zustand von Teilen der Medienlandschaft.

Abb. 9: Tsunami



An diesem Zustand ändern leider auch vereinzelte Bemühungen der Print- und Massenmedien um *Qualitätssicherung* nur wenig. Doch welche Wege könnten uns aus der Medien-Klima-Krise führen? Unter sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten wäre Sorge dafür

zu tragen, dass die Bandbreite des Angebots der Presselandschaft in Deutschland und anderenorts erhalten bliebe. Dafür werden sich neue Formen der Vernetzung im Zeitalter der Medienkonvergenz als essentiell erweisen. Darüber hinaus wäre dem kurzfristig orientierten Populismus medialer Krisenberichterstattung Einhalt zu gebieten. Faktoren wie Qualität und die Rückbesinnung auf genuine technologisch-apparative Optionen der Verbundmedien hätten eine stärkere Rolle zu spielen. Es wäre ratsam, wenn sich Printmedien in Bezug auf deren Aktualitätsprofile noch deutlicher von den Online-Portalen und Auftritten von (zumeist eigenen) Websites absetzen und die Leser/User/Rezipienten ihr Nachrichtenkonsumverhalten nicht ausschließlich auf – häufig fehlerhafte und Risiko beladene – Instant-News richten würden. In Anlehnung an Arnheim, der für das Hörspiel einmal ein brillantes „Lob der Blindheit“ formulierte, könnten wir als einen der möglichen Wege aus den Medien-Krisen ein „Lob der Langsamkeit“ postulieren. Eine *mediale Entschleunigung*, die unseren Blick auf Krisen-Bilder und Töne auf mediale Konstruktionsmechanismen freigäbe, von denen wir oben einige beschrieben haben. Diese entschleunigte Berichterstattung, würde den Medien Optionen selbstreflexiver Perspektiven auf *eigene Mechanismen der ‚Krisen-Konstruktion‘* eröffnen, die sie damit auch den Rezipienten transparent machen würden. Sie würde den ‚traditionellen‘ Massenmedien und den öffentlich-rechtlichen Medien die Chance eröffnen, sich durch eine professionelle, qualitativ fundierte und in einem zeitlichen *décalage* überprüfte und überprüfbare Berichterstattung von den *instant news* der schnelleren Internet-, Twitter-, etc. Konkurrenz zu unterscheiden und damit ihr mediales Profil zu schärfen. Eine derartige selbstreflexive Perspektive ist bei unseren Medien – wenn überhaupt – nur erstaunlich schwach ausgeprägt. Medien berichten über Krisen und konstruieren Krisenszenarios, sie in-

formieren uns jedoch in aller Regel nicht über die Konstruktionsmechanismen dieser Szenarios und deren vielschichtige technologische, ökonomische, historische oder juristische Dimensionen. Im besten Sinne eines Medien-Spiegels gälte es, dieses Tabu zu durchbrechen. Der Medienwissenschaft käme und kommt in diesem Zusammenhang nicht allein die Rolle der Anleitung zu einer Professionalisierung des medialen Krisenmanagements, der Kriseninterventionskräfte (wie es heute bereits an einigen Hochschulen geschieht) oder der Nachrichtensteuerung zu; sie hätte ihre Forschungs- und Erkenntnisinteressen vor allem auch auf eine transdisziplinär anzulegende Untersuchung der *medialen Konstruktion und gesellschaftlichen Funktion von Krisen* zu richten.

6 Epilog: Krisen in den Medien und medienwissenschaftlich-transdisziplinäre Forschungen an der Universität Bayreuth

Unsere kleine Bestandaufnahme der Krisen in den Medien und der Medien-Krisen sollte verdeutlichen, dass das Fach Medienwissenschaft eine Untersuchung dieser Krisen Erfolg versprechender Weise nur im transdisziplinären Verbund mit anderen Fächern leisten kann. Zu diesen Fächern zählen selbstverständlich die Disziplinen der Geistes-, Kultur- und Literaturwissenschaften, die uns auf die kulturell-historischen ‚Funktionsprofile‘ von Krisen lenken, aber auch die Disziplinen der Informatik, der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, die eine genuine Bereicherung unserer wissenschaftlichen Annäherungen bedeuten. Das junge Fach Medienwissenschaft beschreitet diesen Weg in Lehre und Forschung im Rahmen des Master- und Promotionsprogramms „Medienkultur und Medienwirtschaft“. Es wird diesen in den kommenden Jahren konsequent weiter verfolgen und in Form von fächerübergreifend angelegten Projekten konkretisieren. ■

Schule in der Krise

Warum Lösungsversuche auf Bundesländerebene nicht taugen

Seit den PISA-Ergebnissen sind die Leistungen der deutschen Schüler und damit auch die Schule der Kritik ausgesetzt. Hier soll gezeigt werden, dass Besserung noch nicht in Sicht, dass eine Krisenbewältigung auch ein Politikum ist.

In der ZEIT vom 18. 3.2010 geht es in einem Artikel um die derzeit medial inszenierten und boomenden Krisen und deren Überwindung. Die Rede ist vom Restauranttester oder Schuldenberater in den Doku-Soaps, wobei hier die Dramaturgie auf drei Akte festgelegt ist: vor der Krise/in der Krise/nach der Krise. Zu schön wäre es, dieses Szenario auch auf die bisherige Nach-PISA Zeit anwenden zu können.

Ein „vor der Krise“ im deutschen Schulsystem war nicht auszumachen. Selbstgefällig waren Bildungspolitiker wie auch Schulleute davon überzeugt, dass die deutsche Schule eine der besten der Welt sei. Die schulstrukturellen Debatten der 70er Jahre, welcher Schultyp wohl der beste sei, schienen überwunden.

Seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse Ende 2001 war eine Unterrichtskrise in Deutschland ausgemacht. Schnell wurden unterrichtliche Defizite und schulische Unzulänglichkeiten genannt:

1) Der deutsche Unterricht sei

- zu inhaltsbezogen, zu wenig verständnisintensiv;
- zu leistungsbezogen, zu wenig lernorientiert;
- zu wissensbezogen, zu wenig nutzungsorientiert.

Zu sehr dominiere der Frontalunterricht, schülerzentrierte Unterrichtsmethoden seien eher die Ausnahme. Schuld daran seien u.a. die überalteten Lehrerkollegien, die z. T. ausgebrannten oder auch falsch ausgebildeten bzw. fortbildungsresistenten Lehrkräfte.

2) Auch wurden wieder längst geglaubte überwundene bildungs- und schulorganisatorische Zankäpfel ausgegraben, wie die defizitäre Vorschulerziehung, in der zu viel gespielt, zu wenig gelernt werde, oder die Dreigliedrigkeit des Schulsystems, in dem die Schüler zu früh und relativ endgültig auf Schulformen verteilt würden, oder dass es sich nun rächt, nicht genügend Ganztagschulen aufgebaut zu haben.

3) Generell wurde die deutsche Gesellschaft hinterfragt. So seien die Bildungsausgaben in Deutschland gerade noch durchschnittlich, was zu große Klassen zur Folge habe. Im Zuge des Wertewandels regiere der Spaß, Anstrengung gelte als uncool. Plakativer geht folgendes Zitat nicht mehr: „Alles sieht fern, keiner spricht, niemand liest“!!!

Es sollen hier nicht all die Aktivitäten, die im Zuge der PISA-Ergebnisse initiiert wurden und werden, klein geredet werden. Die Bedeutung vorschulischer Bildung wird heute klarer gesehen. Eine sprachliche Förderung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird umgesetzt. Doch eines fällt auf, zwischen beschreibender Diagnose der Krise und Ursachenfindung wurde nicht immer sauber getrennt. Bei den Ergebnissen fühlte sich jeder in seiner bisherigen Ansicht bestätigt, nach dem Motto, was ich schon immer gewusst habe. Und eine solche Ursachenfindung trägt nicht gerade zu einem glückenden Krisenmanagement bei.

Ich möchte dies an einem Punkt festmachen, wie im Sinne gängiger PISA-Rhetorik Bildungspolitiker argumentierten: Es geht um den wieder entfachten Streit um das bessere Schulsystem. Die süddeutschen Länder, die ja bekanntlich in allen Erhebungen besser abgeschnitten haben, setzen auf Dreigliedrigkeit und damit frühe Selektion. Schule ist eine Halbtagsschule mit der nachmittäglichen Ergänzung der Hausaufgaben. In Zahlen ausgedrückt gibt es in Süddeutschland heute noch etwa doppelt so viele Hausaufgaben wie in Norddeutschland. Doch hieraus abzuleiten, das Schulsystem in Bayern sei insgesamt effektiver, greift zu kurz. Ungeprüft bleiben andere Kosten, beispielsweise sind die bayerischen Gymnasiasten Spitzenreiter bei den Sitzenbleibern. Demgegenüber steht das System der norddeutschen Bundesländer, das seit 30 Jahren auf Gesamtschulen, offenen Unterricht und soziales Lernen setzt. Diese Form von Unterricht lässt weniger Raum für Übphasen, ohne die aber ein nachhaltiger Wissenserwerb nicht möglich ist.

In der Diskussion der Krisenbewältigung wäre es nun sinnvoll, Nutzen und Kosten der unterschiedlichen Systeme offen aufzuzeigen. Ein „nach der Krise“ bedarf einer öffentlichen Auseinandersetzung, die über die Grenzen der Bundesländer in Deutschland reichen sollte, weil die diagnostizierte Krise unseres Schulsystems eine ist, die nicht mit kleinstaatlichen Lösungen auf Bundesländerebene bewältigbar ist. ■



Professor Dr. Ludwig Haag ist Professor für Schulpädagogik an der Universität Bayreuth.

Direkter Draht zum Arbeitsmarkt

Regionale Unternehmensbörse findet am 15. Juni statt

Die erste Regionale Unternehmensbörse findet am 15. Juni 2010 von 10 Uhr – 16 Uhr im Foyer der Mensa der Universität Bayreuth statt. Verschiedene Unternehmen aus der Region haben die Möglichkeit, sich mit einem Stand vorzustellen. Die Veranstaltung ist ein Ergebnis der Kooperation zwischen Arbeitsagentur und Universität. Sie bildet den Auftakt einer noch intensiveren Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Kontakte zu Firmen weiter auszubauen.

Viele Studierende zieht es nach ihrem Universitätsstudium in die weite Welt, andere könnten sich eine Einstiegsstelle oder ein Praktikum während der Studienzeit in der Region vorstellen. Die regionale Kontaktmesse möchte Möglichkeiten vor Ort aufzeigen - denn Global Player gibt es überall.

Bei der Messe werden erste Kontakte geknüpft, Studierende können sich bei den Unternehmen mit ihrem Lebenslauf vorstellen, die Firmen zeigen ihrerseits, was sie zu bieten haben.

Zusätzlich zu den Unternehmensvertretern aus Stadt und Landkreis werden Verbände vor Ort sein und Informationen anbieten. Häufig interessieren sich Studierende genau dafür, welche Arbeitgeber in der Region für Bewerbungen in Frage kommen. Genau hier möchten wir ansetzen und Antworten geben.

An der Universität Bayreuth gibt es seit diesem Semester eine neue Anlaufstelle im Karrierebereich, die zur Abteilung I für Akademische Angelegenheiten (einschließlich Studienangelegenheiten / Umsetzung des Bologna-Prozesses), Qualitätssicherung, Hochschulrecht und Bauangelegenheiten gehört, und an die Zentrale Studienberatung angegliedert ist. Das Angebot richtet sich an Absolventen, die auf Jobsuche sind. Die Kontaktstelle ist im ständigen Gespräch mit der Arbeitsagentur und bietet zudem den Unternehmen die Möglichkeit, sich mit Stellen- und Praktikaangeboten direkt an die Universität zu richten. ■

Die Karriereberatung der Universität Bayreuth bietet:

- Eine offene Sprechstunde rund ums Thema Bewerbung und Jobs

Mittwochs

von 10 Uhr bis 12 Uhr

- Einen Bewerbungsmappencheck, bei dem Studierende konkrete Bewerbungsschreiben besprechen können.

Dienstags

von 10 Uhr bis 12 Uhr

- Literatur zum Thema
- Links zu Suchmaschinen, Unternehmensdatenbanken und aktuelle Informationen zum Thema
- Ein Schwarzes Brett mit Job- und Praktikaangeboten direkt von Unternehmen



Ansprechpartnerin:

Simone Everts-Lang (M.A.)

Abteilung I, Akademische Angelegenheiten
Zentrale Universitätsverwaltung
Zimmer 1.13

Telefon: 09 21 / 55 - 53 20

E-Mail: simone.everts-lang@uvw.uni-bayreuth.de

Internet: www.uni-bayreuth.de/karriereberatung

Professor Dr. Stephan Kümmel
ist Inhaber des Lehrstuhls für
Theoretische Physik IV.



Auszeichnung für Forschungspartnerschaft

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Physikern am Weizmann Institute of Science in Israel und der Universität Bayreuth wurde von der Minerva Stiftung durch die Finanzierung eines internationalen Workshops ausgezeichnet und gefördert. Der Forschungsaufenthalt der Bayreuther Physiker in Israel war erfolgreich – und machte Spaß.

Dass das Land Israel nicht nur durch politische Krisen und alte Kulturgüter geprägt wird, sondern auch durch eine aktive Forschungslandschaft, konnten Diplomanden und Doktoranden der Physik der Universität Bayreuth im März 2010 unmittelbar erfahren. Die Minerva Stiftung zeichnete die erfolgreiche wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgruppe von Professor Leor Kronik am Department of Materials and Interfaces des Weizmann Institute of Science und von Professor Stephan Kümmel in der Theoretischen Physik der Universität Bayreuth durch die Finanzierung eines gemeinsamen Workshops aus.

Vom 5. bis zum 10. März 2010 hielt sich daher der Lehrstuhl Theoretische Physik IV am Weizmann Institute of Science auf. Ein besonderes Ziel dabei war, den jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeitern der beteiligten Arbeitsgruppen Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig ihre Forschungsarbeiten vorzustellen und in wissenschaftlichen Kontakt zu treten. Im Zentrum des

Minerva Stiftung zeichnet Forschungspartnerschaft zwischen der Theoretischen Physik der Uni Bayreuth und dem Weizmann Institute of Science aus

Workshops, dem sich auch Wissenschaftler der Universitäten von Jerusalem und Tel Aviv anschlossen, standen Fragen der elektronischen Struktur und Dynamik. Verbindendes Element zwischen allen Teilnehmern war ihr Interesse an der Dichtefunktionaltheorie und nanoskaligen Systemen. Die behandelten Fragen reichten dabei von der Berechnung der Eigenschaften molekularer Halbleiter bis zur Entwicklung genauerer Funktionale zur Beschreibung quantenmechanischer Effekte.

Während Bayreuth nocheinmal im Schnee versank, konnten die Workshopteilnehmer nach Tagen voll intensiver Diskussionen und Arbeit zum Abschluss des Workshops bei angenehmen 25 Grad Celsius die Gastfreundschaft der israelischen Partner in Tel Aviv genießen. Dass die wissenschaftliche Arbeit zwar anstrengend ist, aber gleichzeitig auch eine Fülle an Erfahrungen und Eindrücken jenseits des Üblichen bieten kann, hat sich dabei wiederum in sehr positiver Weise bestätigt. ■

Die Teilnehmer des Minerva-Workshops auf dem Campus des Weizmann Instituts



Islamische Studien

Es lohnt sich, wissenschaftliche Beziehungen



Professor Dr. Christoph Bochinger ist Inhaber des Lehrstuhls Religionswissenschaften II und Leiter des Instituts zur Erforschung der religiösen Gegenwartskultur.



Kemal Ataman ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Religionswissenschaften II und am Institut zur Erforschung der religiösen Gegenwartskultur.

Der Lehrstuhl Religionswissenschaft II befasst sich seit langem mit der Frage, ob und wie in Deutschland eine „islamische Theologie“ aufgebaut werden kann. Er beteiligt sich auch an den aktuellen Bemühungen, in Bayern ein Zentrum für Islamische Studien einzurichten. Prof. Dr. Christoph Bochinger und Dr. Kemal Ataman besuchten türkische Universitäten, um die Zusammenarbeit zu vertiefen.

Am 29.1.2010 publizierte der Deutsche Wissenschaftsrat „Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“. Unter dem Eindruck der gegenwärtigen religiösen Pluralisierung formulieren sie weit reichende Vorschläge zur Neuorganisation der mit „Religion“ befassten Hochschulfächer. Neben einer Neugestaltung des Fachs Religionswissenschaft steht dabei vor allem die Empfehlung im Vordergrund, Zentren für „islamische Studien“ einzurichten, in denen – anders als an den bisherigen Standorten für Islam- und Religionswissenschaft – eine eigene akademische Tradition islamischer Theologie in Deutschland aufgebaut werden soll. Das entspricht den Vorstellungen der Deutschen Islamkonferenz, die in der Ausbildung von Imamen und islamischen ReligionslehrerInnen ein wichtiges Integrationsinstrument sieht.

Aber wie baut man solche Zentren auf, und wie verorten sie sich im Gefüge internationaler und interdisziplinärer Wissenschaftskulturen? Nach der systemtheoretischen Kon-

zeption Niklas Luhmanns gehören Theologien in modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften nicht zum Wissenschafts-, sondern zum Religionssystem, dessen Reflexionsebene sie darstellen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Religion, zu der sie jeweils gehören: Zum einen sichern sie den Bezug zur Lehrtradition der betreffenden Religionsgemeinschaft; zum anderen gewährleisten sie die ständige Reflexion und ggf. Neubestimmung dieser Lehrtradition unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. In der wissenschaftspolitischen Debatte in Deutschland steht derzeit das zweite Element im Vordergrund: Durch eine moderne, pluralistisch orientierte Theologie in deutscher Sprache soll der Islam aus seiner migrationsbedingten Hinterzimmer-Atmosphäre herausgeholt und auf Augenhöhe zu den christlichen Religionsgemeinschaften gebracht, der Bildung von „Parallelgesellschaften“ entgegen gewirkt werden.

Doch kann das nur gelingen, wenn auch die erstgenannte Funktion erfüllt wird, der Bezug zu den islamischen theologischen Traditionen: Theologie kann man nicht einfach neu erfinden. Sie ist, auch im islamischen Kontext, Teil eines komplexen, historisch gewachsenen Gefüges. Auch in islamisch geprägten Ländern gibt es zudem bereits moderne Transformationen klassischer theologischer Traditionen, an die man im deutschen Kontext anknüpfen kann. Das gilt z.B. für die türkische Theologie (ilahiyat), die u.a. eine sehr moderne, kritische Form der Koraninterpretation hervorgebracht hat. Zudem werden dort unter dem

Dach der theologischen Fakultäten auch nicht-theologische Disziplinen, insbesondere Religionsgeschichte, -soziologie, -psychologie und -philosophie gelehrt. Die aktuellen Schwierigkeiten, eine moderne islamische Theologie in Deutschland aufzubauen, liegen also nicht so sehr im Mangel entsprechender Vorbilder als in der mangelnden Kommunikation zwischen den Wissenschaftskulturen der beteiligten Länder – was nicht zuletzt sprachliche Gründe hat.

Einen guten Rahmen, um daran zu arbeiten, bietet das Erasmusprogramm. Die Bayreuther Religionswissenschaft verfügt über Erasmus-Kooperationen mit Partner-Institutionen in Ankara, Bursa und Isparta. Studierende nutzen bereits in beiden Richtungen die Chance für ein Auslandssemester und organisierten aus Studienbeiträgen spezielle Türkischkurse in Bayreuth.

Vom 28.3. bis 10.4. 2010 reisten im Rahmen des Erasmus-Dozentenaustauschs Bochinger und Ataman in die Türkei, um neue Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit zu sondieren und die bestehenden Beziehungen zu vertiefen. Erste Station war die Uludag-Universität in Bursa, der alten osmanischen Residenzstadt am Marmara-Meer. Bochinger lehrte dort bereits zum dritten Mal, für Ataman war es eine Rückkehr in die eigene Heimatuniversität. Auf breite Zuhörerschaft stieß ein gemeinsamer Gastvortrag von Bochinger und Dr. Katharina Frank (Univ. Lausanne/Schweiz): „The minaret issue in Western Europe. Critique and counter critique“. Die beiden Dozenten erläuterten



Bild 1: Populäre Religion (Ulu Camii, Bursa)

eine Zukunftsaufgabe

zu türkischen Universitäten zu vertiefen

ten die aktuelle Minarettdebatte in Westeuropa und analysierten auf der Grundlage aktueller Forschungsergebnisse politische und religionswissenschaftliche Hintergründe. Ataman übersetzte die Präsentation ins Türkische und leitete die rege Diskussion. In weiteren Veranstaltungen präsentierten Ataman und Bochinger für fortgeschrittene Studierende, Doktoranden und Dozenten aktuelle Entwicklungen in der Religionswissenschaft und stellten ein geplantes Bayreuther Forschungsprojekt über Religiositätsforschung vor. In einer kontroversen Debatte wurde das Verhältnis zwischen theologischen und religionswissenschaftlichen Interessen an der Religiositätsforschung sowie die Anwendbarkeit westlicher Terminologien und Forschungsmethoden auf islamische Religiosität diskutiert. Daraus ergaben sich konkrete Pläne einer Forschungszusammenarbeit beider Universitäten in diesem aktuellen Feld.

In der zweiten Woche bot Ataman in Bursa zwei weitere Blockveranstaltungen über „The changing face of religiosity“ und „Homosexuality in Islam“ an, die ebenfalls auf starkes Interesse stießen. Bochinger reiste dagegen an die Universität Ankara weiter. Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten der Türkei (Diyanet) führt dort einen inter-

nationalen Studiengang an der Theologischen Fakultät durch. Er wird überwiegend von deutschen MuslimInnen mit türkischem Hintergrund besucht, die jeweils ein Stipendium von Diyanet erhalten. Während das eigentliche Studium auf Türkisch erfolgt, erteilte Bochinger im Auftrag der Deutschen Botschaft und in Absprache mit Diyanet ergänzend eine religionswissenschaftliche Blockveranstaltung in deutscher Sprache über Grundlagen des Christentums und Religionen in Deutschland. Auch beriet er die Studierenden im Blick auf ihre weiteren Studien- und Berufsperspektiven. Er stieß auf eine Gruppe hoch motivierter und eigenständiger Studierender, die sich für eine spätere Tätigkeit als islamische TheologInnen in Deutschland vorbereiten. Einige von ihnen wollen nach dem Examen in Bayreuth einen Master-Abschluss in Religionswissenschaft erwerben, um zusätzlich zu ihrer theologischen Ausbildung den nötigen Anschluss an das deutsche Wissenschaftssystem zu finden. Dadurch bestätigte sich der Eindruck, dass für die Heranbildung islamischer TheologInnen für Deutschland zumindest mittelfristig auch diese Variante – neben dem Aufbau einer eigenständigen islamischen Theologie in Deutschland – in die Überlegungen einbezogen werden sollte.



Als Ergebnis der Reise kann festgehalten werden, dass es sich wissenschaftlich lohnt, die Beziehungen zu türkischen Universitäten zu vertiefen, die auch im geisteswissenschaftlichen Bereich über ein hohes akademisches Niveau verfügen. Um die vorhandenen sprachlichen, aber auch wissenschaftskulturellen Barrieren zu überwinden, sollte insbesondere der Studierendenaustausch auf beiden Seiten intensiviert werden. Deutsche mit türkischem Hintergrund, die sich in beiden akademischen Welten auskennen, haben offensichtlich eine wichtige Funktion für die Internationalisierung. Sie sollte – nicht nur im Blick auf islamische Studien – genutzt werden. ■

*Bild 2 (oben):
Osmanische
Architektur (Bursa)*

*Bild 3 (mitte):
Pilger vor der Haci
Bayram Türbe,
Ankara; im Hinter-
grund Reste eines
römischen Tempels
mit berühmter
Augustus-Inschrift*

*Bild 4 (links):
Religiöser Alltag
(Ulu Camii, Bursa)*



